

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage: Neue Welt 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Österreich, Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6018.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Red. Dr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Donnerstag, den 23. August 1894. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei in Holland.

Gott sei Dank! — Endlich ist es denn so weit gekommen, daß die holländischen Sozialdemokraten es müde geworden sind, noch länger in einer Organisation zu bleiben, die, obgleich ihre Mehrheit anarchistisch gesinnt ist, unter der falschen Flagge der Sozialdemokratie segelt. Sie haben genug Geduld gehabt; mit der Schwermüdigkeit, die uns Holländern eigen ist, sind wir noch eine gute Strecke mitgegangen auf dem Wege, den wir als falsch bezeichneten. Wir konnten uns lange nicht ermannen, uns von den früheren Kampfesgenossen zu trennen, und den eigenen Weg einzuschlagen. Und dennoch that die Trennung Noth. Es herrschte eine vollständige Verwirrung in dem kleinen Arbeiterheere, das den Kampf gegen den Kapitalismus angefangen hat, und die Bourgeoise freute sich über die bedauerliche Desorganisation der einst so begeisterten Truppe. Nur eine lässige That konnte die Arbeiterbewegung in Holland retten. Man brauchte Aufklärung durch eine That; der Kampf mit Worten verwirrte die Köpfe. Man glaubte allgemein, daß diese That auf dem neulich in Almelo abgehaltenen allgemeinen Kongress der sozialdemokratischen Bundes geschehen würde. Dieser Kongress wurde einberufen, um zu verhandeln über eine Namensänderung des S. D. V. — Das Urtheil des Procurators des Gerichtshofes, das den Bund für einen verbotenen Verein erklärt hatte, hatte den Anstoß zu diesem Kongress gegeben. Was wäre logischer gewesen, als daß man diese Gelegenheit benutzte hätte, um zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung zu kommen, und dem Bund jetzt auch einen Namen zu geben, der thatsächlich seinem Charakter Ausdruck gab. Allein, von anarchistischer Seite wagte man es nicht, den Stier bei den Hörnern zu fassen, und so verlief dieser Kongress erfolglos. Nebenbei sei noch bemerkt, daß der Kongress ein geheimes war, obgleich Schreiber dieser Zeilen bestimmt weiß, daß man durchaus keine Dynamit- oder Dolchattentate geplant hat. Der Name der Partei wurde also nicht verändert, und der Zustand blieb derselbe, das heißt: ein jämmerlicher.

Und trotzdem war die Lage eine solche, daß es nur einer kräftigen Anregung bedurfte, um zu klaren Parteiverhältnissen zu kommen. Der sozialdemokratische Wahl-

verein „Ulrecht“ sah das ein, und ergriff die Initiative, um einen Kongress aller Sozialdemokraten zu veranlassen. Zu gleicher Zeit kommen einige der bekanntesten Agitatoren mit Vertretern der örtlichen sozialdemokratischen Organisationen zusammen um zu besprechen, was jetzt zu thun sei. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft war ein Manifest, dessen Inhalt wir auszugsweise folgen lassen:

„Seit einiger Zeit herrscht in den Reihen unserer Genossen eine Verwirrung, die den Erfolg unserer Propaganda nur beinträchtigen kann. Der Zustand des Volkes wird immer elender. Die Bourgeois-Regierung verhält sich dem gegenüber durchaus thätlos. Während in den meisten Ländern der sog. Kulturwelt die Regierungen durch den Drang von unten gezwungen werden, den Weg der Reform einzuschlagen, lebt in den Niederlanden die herrschende Klasse im ruhigen Bewußtsein, daß hier keine Veränderung notwendig ist. Die Ursache davon ist nicht weit zu suchen. Die Wünsche, die Forderungen des Volkes haben in unserem Lande kein Organ, das instande wäre, diesen Forderungen Kraft zu verleihen; die unterdrückte Klasse entbehrt der unumgänglich notwendigen Organisation, um die Aufmerksamkeit der regierenden Klasse auf sich zu lenken.“

Dem sozialdemokratischen Bund, den man Jahre lang als das Organ der arbeitenden Klasse betrachtete, gelang es nie, eine große Schaar von Arbeitern unter seinem Banner zu vereinen, und dies durch eigene Schuld. Statt die Forderungen des Augenblicks in den Vordergrund zu stellen und für thatsächliche Verbesserung der Zustände zu kämpfen, hat der Bund dem sogenannten ultrarevolutionären Standpunkte gehuldigt und sich auf das Reden über eine gewaltthätige Revolution, die wie ein neuer Messias Rettung bringen sollte, beschränkt. Jede andere Arbeit zur Hebung des Volkes wurde als zwecklos, sogar als schädlich gebrandmarkt. Der utopistische Standpunkt des Bundes hat das Volk von ihm entfremdet. Die breiten Massen verstanden seine hochtrabenden Lügen nicht, er lebte über, nicht in, nicht mit dem Volke. Mit wachem Despotismus wurde jede andere Meinung als die der Tonangebenden im Bund unterdrückt, und der Bund zeigte sich seiner Aufgabe nicht gewachsen.“

Dann bringt das Manifest in Erinnerung, wie der Bund immer mehr in anarchistischer Richtung segelt, und wie sein Name eine Lüge ist. Einem solchen Vereine kann kein Sozialdemokrat länger angehören. Das Manifest fährt dann fort:

„Wir fordern deshalb die Sozialdemokratie in den Niederlanden auf, eine

Neue sozialdemokratische Partei zu gründen, eine Partei, die sich ihrer Fahne nicht schämt. Wir wollen mit neuem Muthe, mit Eust und Kraft kämpfen für die Verwirklichung der Prinzipien, die uns theuer sind. Wir

wollen eine Abteilung im großen internationalen Arbeiterheere werden.“

Es wird unsere Aufgabe sein, das Organ der unterdrückten Klasse in ihrem Kampfe gegen die Unterdrücker zu werden. Und diesen Kampf wollen wir auf jedem Gebiete führen. Auf ökonomischem Gebiete wollen wir den Lohnarbeitern Helfen in ihrem Kampfe gegen die kapitalistische Tyrannei; auf dem Gebiete der Politik wollen wir der Macht der herrschenden Klasse Abbruch thun, um dieselbe schließlich völlig zu vernichten; und sollte die Nothwendigkeit einst von uns fordern, daß wir gegenüber der Gewalt der Herrschenden die Gewalt der Beherrschten stellen, so wird die Sozialdemokratie ihr rothes Banner nicht verweigern. Je nach den augenblicklichen Verhältnissen wollen wir den Kampf führen mit allen Mitteln, soweit Ehre und Gewissen sie uns erlauben.“

Das Manifest ist unterzeichnet von den Genossen Cohen, Fortuna, A. G. Gerhard, J. van der Goes, W. P. G. Helldingen, G. van Kol, D. Polak, Schaper, Spielmann, P. J. Troelstra, van der Wegt und W. G. Wliegen.

Der konstituierende Kongress der neuen sozialdemokratischen Partei wird am 26. d. M. stattfinden.

Mit diesem Kongress wird eine neue Epoche für die holländische Arbeiterbewegung angebrochen sein. Der Bond voor Algemeen Kies- o Stemrecht (Verein für allgemeines Wahlrecht) wird mit der neuen Organisation zusammenschmelzen, da er auf dem am vergangenen Sonntag in Ulrecht abgehaltenen Kongress beschlossen hat, ein sozialdemokratisches Programm anzunehmen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. August.

Die Tagesordnung unseres Parteitagess wird zwar von der gesammten Presse mitgetheilt, aber nur von wenigen kommentirt. Einige Blätter sind erstaunt darüber, daß nicht die „eigentlichen Führer“ sondern die „Größen zweiten Ranges“ die Referate übernommen haben. In unserer Partei giebt es keine derartigen Unterschiede, wir sind eben frei von jeder Hierarchie. Wenn übrigens an früheren Kongressen Vebel und Lieblucht als Referenten auftraten, wußten unsere Gegner darüber zu nörgeln, daß die „Führer“ ängstlich über die Erhaltung ihres Einflusses wachen und den Nachwuchs nicht zu Worte kommen lassen. Die Quadratur des Kreises zu finden ist sicherlich eine leichtere Arbeit, als unsere Gegner zufrieden zu stellen.

des Rath's Vorsteher überhäufen, seines Treu- und Friedensbruchs wegen, überstieg an Frechheit alles, was man bisher aus Räubersmund vernommen hatte. Seine Knechte, in der Schule des Verbrechens groß gezogen, folgten dem Beispiele ihres Gebieters, bis der Obertrichter ihnen mit der Folter drohte, und zum Beweise, daß er es ernstlich meine, die schrecklichsten Folterwerkzeuge herbeibringen ließ. Dieser grausenvolle Auklid erschütterte die Standhaftigkeit der Reissigen; sie wankten, ließen nach von ihrem Starrsinn, und bekamen endlich unter der Bedingung, ihr elendes Leben zu behalten, eine Anzahl von blutigen Thaten und Raubrevellen, die ihr Brotherr binnen der letzten Frist verübt hatte. Keine Schandthat war zu denken, die nicht von Wehtram und seiner wilden Jagd begangen worden wäre, und der grane Sünder erlaubte selbst, da man ihm die Litanei seiner Vebensstücke vorhielt. Sein Trost und Uebermuth verwandelte sich, da er seine Helfershelfer von ihm gembet sah, in plöbliche Nuthlosigkeit und in eine finstere Ahnung des Schicksals, das ihn betreffen möchte. Unter solchen Umständen wurde es dem Obertrichter leicht, noch in der Nacht desselben Tages das Bekenntniß von ihm zu erringen, daß Wallrade und der Kaufdiener Schwarz und noch einige andere arme Leute in seinem Raubnefte gefangen gehalten würden; . . . und die Furcht vor einem schmachlichen Tode, — die Hoffnung, Leben und Freiheit zu erhalten, bewog den an der Vorsetzung und seinen Freunden Verzweifelnden, an seine Hausfrau folgende Zeilen zu schreiben: „Der ehrjamen Else von Bilwyl, meiner lieben Hausfrau, meinen freundlichen Gruß zuvor. Liebe Hausfrau! Ich lasse Dich wissen, daß mich die von Frankfurt gefangen haben; darum beschle ich Dir, die Gefangenen von Stund an laufen zu lassen, weil ich gefunden habe, daß ich nichts mit ihnen, noch sie etwas mit mir zu schaffen haben. So Du das thust, ist mir's lieb. Gegeben unter meinem Insegel. Zum Wahrzeichen schicke ich Dir Deinen eigenen Siegelring. Wehtram von Bilwyl, Ritter.“

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von E. Spindler.

Zum Glück für den Kaufmann, der unter dem Eisen der Knechte sein letztes Stündlein mit Bittern und Jagen erwartete, waren die Reiter schnell da, wie Gottes Bliß und seine Gerichte. Gezwungen, sich vor den einhagelnden Hieben zu schütten, und zum Weistand ihres Herrn angerufen, ließen die reissigen Knechte den Mißhandelten ledig, und das Handgemenge begann zu wüthen. Dagobert war auf den Ritter losgestürzt und beschäftigte ihn mit blischneller Klinge, während Gerhard einen nach dem andern die Knechte vom Gaul rannte, durch die Wucht seines Anprengens allein. „Sieh Dich, grauer Raubknecht!“ donnerte er hierauf dem Herrn von Wilbel zu, und hieb ihn mit der flachen Klinge auf die Faust, daß sie des Pferdes Bügel fahren lassen mußte. — „Kreuz, Stein und Strahl! Vermaledeter Hülshofen!“ fluchte Wehtram, und Dagobert riß ihn vollends vom Pferde. Der alte Raubgefelle wehrte sich noch am Boden wie verzweifelt, aber sein Grimm erstarrte in Ohnmacht, und Thränen der Wuth perkten in seinen grauen Bart, da er seine Hände gebunden und sich aller Waffen beraubt fühlte. Die Söldner der Stadt, die mittlerweile über den Strom gefehrt hatten, machten vollends reine Arbeit und knebelten die beiden Knechte des Stegreifritters. — „Ritterliche Hast! ritterliche Hast!“ bat der überwundene und gedehmüthigte Wehtram, die gebundenen Hände zu Gerhard und Dagobert aufhebend. „Den Teufel auf Deinen Schurkenschädel!“ antwortete ihm der Hülshofen: „Ich will Dir lehren,

wackern kämpfen die Freundschaft zu versagen, hochmüthiger Dieb. Sieh her, wie Du den armen Mann zugerichtet hast.“ setzte er hinzu, auf den Kaufmann zeigend, der sich mühsam herbeischleppte: „armer Heinz Duke! wohl erkenne ich Dich in dieser Jammergestalt. Ich habe schon manches Wollwammes bei Dir gekauft und auch manches geborgt. Stehe ich alleifalls noch auf Deinem Kerbholze, so launst Du mich dieses Dienstes wegen anslöschen, und Dir die Freude machen, aus Deinem schönen Haus einen Strich für diesen Nubzen zu drehen, der ihm fein und glatt zum dielen Hals stecken soll.“

Niederträchtiger Klopffechter!“ schnaubte Wehtram wild, und dieses Wort war mit einer entsehligen Mißhandlung bekrast worden, hätte sich nicht Dagobert des Gefangenen angenommen, den Ueberwindern Mäßigung gepredigt, und darauf gedrungen, schnell nach der Stadt zurückzukehren mit der guten Beute. — Seine Worte wurden befolgt. — Ritter und Knechte auf die Gänle geschwürt, und Reiter, Fußknechte und Wagen zogen bald wie stolze Sieger in der wichtigsten Fehde in Frankfurt ein. Der Jubel des Volkes donnerte auf allen Gassen, da es den gefürchteten Feind in seiner Gewalt sah, und Dagobert's wie Gerhard's Namen schwebten gepriesen und erhoben zum Himmel auf allen Jungen. Sogleich versammelten sich Bürgermeister, Schöffen und Rath, und der Schultzeiß, an der Spitze der gesammten Väter der Stadt, mußte, so schwer es ihm auch wurde, dem verhassten Sohne Diether's den Dank der Bürgerschaft verheißten. Diether umarmte seinen Dagobert mit der Liebe, die den Knaben ins Leben geleitet hatte, und rief: „Ja, Du bist ein treuer Mensch. Die Feindin zu retten, wagst Du Dein Leben!“ — „Die Feindin?“ fragte Dagobert wehmüthig entgegen: „Verhüt es Gott, Wallrade ist meine Schwester, aber unwürdig leider unsres Namens. Ich hoffe sie jedoch nicht, und würde, sie zu besorgen, wohl noch mehr thun, als einen Räuber niederwerfen.“ — Dieser Räuber war ein Felsen von Verstocktheit. Sein Leugnen, sein Hohn gegen die Vorwürfe, mit welchen ihn

Wir haben übrigens niemals diesen zweifelhaften Ehrgeiz gehabt.

Die Dresdener Genossen Eichhorn und Findeisen sind heute vom Dresdener Landgerichte, wie wir von Anfang an nicht bezweifelten, von der Anklage der Erpressung freigesprochen worden. Daß die Anklage auf schwachen Füßen stand, vermutheten wir schon deshalb, weil unsere Genossen aus der Untersuchungshaft nicht entlassen wurden, obgleich doch keinerlei Konfusionsgefahr, kein Fluchtverdacht vorlag. Unsere Vermuthung hat sich bestätigt, unsere Genossen sind frei. Ihre Strafe haben sie aber abgelesen, und zwar eine schwerere Strafe, als das Gericht über sie hätte aussprechen können. Weiß doch jeder, daß die Untersuchungshaft viel größere seelische Qualen mit sich bringt, daß bei ihr Begünstigungen, und selbst die einfachsten und selbstverständlichsten, dies beweist ja die Behandlung unseres todtkranken Genossen Eichhorn, ausgeschlossen sind.

Wer entschädigt unseren Genossen die Schädigung ihres moralischen Ansehens, die ökonomische Schädigung und die Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes? Einzig darin können sie einen Ersatz finden, daß ihre Freisprechung eine schwere Niederlage für unsere publizistischen und amtlichen Gegner, einen großen moralischen Erfolg für unsere Partei bedeutet.

Den Reinfall quittirt die „Kreuz-Zeitung“ folgendermaßen:

In unsere Leitartikel, die Viktor Jehn's Aeußerungen über das Judentum, welche sich in der Schiemann'schen Biographie finden, zusammenstellten, wurde auch sein Urtheil über Lassalle aufgenommen. Nun kommt der „Vorwärts“, unter der bei ihm üblichen Fluth von Schimpereien und Konstatirungen, daß diese Aeußerungen Jehn's vielfach wörtlich übereinstimmen mit Sätzen S. von Treitschke's in seiner Schrift „Der Sozialismus und seine Gegner“. Er vermuthet, daß S. Jehn sich Excerpte aus dieser Schrift gemacht und daß der Herausgeber, Prof. Dr. Schiemann, sie nach der Handschrift für Jehn's geistiges Eigentum gehalten habe. Die Uebereinstimmung ist unzweifelhaft vorhanden, das läßt sich nicht leugnen. Ob die Vermuthung des „Vorwärts“ im übrigen zutrifft, müssen wir dem Prof. Schiemann zu entscheiden überlassen.

An dem Urtheile Viktor Jehn's, dessen Bedeutung der „Vorwärts“ sonst in hohem Grade anerkannt, über die Juden ändert seine Anlehnung an S. v. Treitschke im übrigen gar nichts.

Uns ist das, was die „Kreuz-Zeitung“ oder sonst jemand über die Juden schreibt, vollständig gleichgiltig, uns kam es einzig und allein auf die Beurtheilung Lassalle's an. Und da kam es darauf an, daß die gegen Lassalle angeführten Zitate nicht dem auch von uns hochgeachteten Jehn zugeschrieben sind, sondern einem der niedrigsten Pamphlete der 70er Jahre entstammen, gegen das sich auch die Parteigenossen der Hammerstein und Kropatschek, wie der Berliner Professor Schmöller mit ungewöhnlicher Entschiedenheit gewandt hatten. Es handelt sich also nicht um eine durch ihre sonstigen literarischen Leistungen achtenswerthe Autorität, die Lassalle abfällig beurtheilt, sondern um einen Ausschnitt aus einer längst mit Recht vergessenen Schwächschrift des durch den Mangel an Objektivität und Gerechtigkeitssinn berüchtigten deutschen Geschichtsklitterers. Das, verehrte „Kreuz-Zeitung“, war vom „Vorwärts“ zu beweisen, und das ist vom „Vorwärts“ auf's schlagendste bewiesen worden.

Konservative und Offiziere teilen sich lustig herum über die Nothwendigkeit eines Kartells gegen die Sozialdemokratie. Die Offiziere halten es für selbstverständlich, daß die Bourgeois aller Richtungen ihre besonderen Parteiwünsche zurücktreten lassen und von Ahlwardt bis Richter in geschlossener Reihe sich hinter die Regierung stellen, zu allem Ja und Amen sagen, wenn diese auf dem schlüpfrigen Kriegspfad gegen die Sozialdemokratie anzieht, auf dem sich größere als Richter und Ahlwardt die Weine verfrachtet und das Kreuz gebrochen haben. Die Deutschkonservativen verhalten sich den Zumuthungen der Reichsregierung kühl bis ans Herz gegenüber, sie sind, wie das Centrum, wenn es darauf ankömmt, sicherlich zu allem bereit, aber zuerst wollen sie ihren Lohn in die unergründlichen Taschen verfrachten. Beschreiben wie unsere Junker sind, fordern sie bloß die Verwirklichung des Livoli-Programms, vor allem hohe Schutzzölle, Doppelwährung, vollständige Auslieferung der Schule an die Geistlichkeit, Zünfte und dergleichen. Dies kann

die Gesehgebung beim besten Willen heute nicht zugehen. Die Empfehlung des neuen Kartells hat nirgends Beifall gefunden. Die Parteien der Bourgeoisie sind zwar in ihrem Hass gegen die Arbeiterklasse einig, stehen sich sonst aber feindlicher gegenüber wie je. Eine Zusammenfassung der Bourgeoisie in eine große Partei ist für den Augenblick ausgeschlossen, diese wird erst die Zukunft bringen. Wir sehen aber auch dieser Eventualität kühl bis ans Herz entgegen.

Kommt auch das Kartell nicht zu Stande, so sind doch die Pläne, die gegen uns im Schilde geführt werden, nicht aussichtslos. Werden sie aber auch verwirklicht, so werden sie ja sicherlich wie Nadelstiche unannehmlich wirken, sie werden aber wie das Sozialistengesetz bloß eine Quelle für neue Stärkung unserer Reihen, für das Wachstum unserer Partei sein. Man muß die Menschen gar nicht kennen, wenn man meint, die deutsche Sozialdemokratie könne durch irgend welche Machtmittel in ihrem Siegeslaufe aufgehalten werden.

Die Wahlprüfungen. Eine wichtige Arbeit der bevorstehenden Reichstagsession wird die Entscheidung über die ungewöhnlich große Zahl angefochtener Wahlen sein. Diese Wahlen sind im Reichstage bereits mit ganz vereinzelten Ausnahmen zur Verhandlung gekommen und es ist dem Antrag der Wahlprüfungs-Kommission gemäß, Veranstaltung von amtlichen Ermittlungen beschlossen worden. Das Ergebnis derselben dürfte bei dem Wiederzusammentreten des Reichstags vorliegen und dann bald die Entscheidung erfolgen. Es befinden sich darunter mehrere Wahlen, die mit knapper Mehrheit von wenigen Stimmen erzielt worden, und man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß manche Ungültigkeitserklärungen erfolgen. Nachdem der Reichstag bereits die Wahlen der Herren Graf Nolte (Pinneberg) und v. Polenz (Wauen) für ungültig erklärt, bleiben nach den Berliner Neuesten Nachrichten noch folgende vom Reichstag beanstandete Wahlen zu erledigen: Bamhoff (Osnabrück), v. Benda (Wanzleben), Rothbart (Gifhorn), Bantleon (Ulm), Möller (Dortmund), Siegle (Stuttgart), Dr. Böttcher (Walbeck) von den National-Liberalen; Gieseler (Wesel), Will (Stolz), v. Saurma-Felsch (Brieg), v. Gerlach (Köslin) von den Konservativen; Krupp (Essen) von den Freikonservativen, auch Graf Bismarck (Zerichow), Pichler (Passau), Greiß (Köln) vom Centrum; von Chlapowski (Fraustadt) von den Polen; Götz (Lübeck), Casselmann (Eisenach), Lüttich (Rudolstadt) von den Freisinnigen.

Die deutsche Reichsregierung scheint dem japanisch-chinesischen Kriege recht große Bedeutung beizulegen. Dem Vernehmen nach wird nämlich, wie das „Wolff'sche Telegraphenbureau“ meldet, außer den Kreuzern „Arcona“, „Marie“ und „Alexandrine“, welche sich bereits auf dem Wege nach Ostasien befinden, noch ein vierter Kreuzer nach Ostasien entsandt werden. In Betracht gezogen sind hierfür die Kreuzer „Irene“ und „Gefion“. An Bord dieses vierten Kreuzers wird sich ein Kontre-Admiral einschiffen, der den Befehl über das ostasiatische Kreuzergeschwader übernehmen wird.

Mehrere Typhusepidemien werden aus dem Heere gemeldet. Da aus den betreffenden Orten sonst keine Typhusmeldungen vorliegen, werfen diese Nachrichten ein schlechtes Licht auf die Verpflegung und die hygienischen Vorkehrungen für die unseren Ferienkolonien anvertrauten Mitbürger. Der „Local-Anzeiger“ meldet das folgende:

Der Ausbruch des Typhus unter den Mannschaften des 8. Bataillons des Infanterie-Regiments Prinz Friedrich Karl von Preußen (8. Brandenburgisches Nr. 64) in Angermünde, worüber wir kürzlich berichtet haben, ist, wie jetzt mit ziemlicher Gewissheit festgestellt werden konnte, durch das Wasser eines Grabens verursacht worden, welcher bei der Kaserne vor dem Schwedter Thor vorbeifließt. Der Magistrat ist nun von der Militärbehörde ersucht worden, neben der gründlichen Desinfektion der Kaserne einen Brunnen auf dem Kasernenhofe zu errichten. Die Disinfektion ist längst erfolgt; an dem Brunnen jedoch bohren die Brunnenmacher schon seit 5 Wochen, aber bis zur Stunde ohne Erfolg, obwohl man bereits über 80 Meter gebohrt hat. Wenn bis zu einer Tiefe von 100 Metern kein Wasser gefunden wird, dann will sich die Militärbehörde mit einem einfachen Kesselbrunnen begnügen. Siedt auch dieser kein Wasser oder gesundheitschädliches Wasser, dann muß die Verlegung des Bataillons nach einer anderen Stadt stattfinden. Die Brunnenbauer haben Hoffnung, Wasser zu finden. Erst wenn dieser Fall eintritt, kommt das Bataillon nach Angermünde zurück.

vorwärts! Ich gehe auf dem Wege des Rechts und darf mich nicht fürchten; wartet doch meiner Segen, und ein freundlicher Blick aus Esther's holdem Auge.

Das Bild der Lieblichen, das in ihm emporstieg, machte ihn selig, aber traurig zugleich. Denn ob er gleich, nach langem Widerstreben, seiner Liebe zu dem Mädchen so klar bewußt geworden, daß er sie nicht mehr leugnete, so war ihm doch das Ende, welches dieses Gewirr von Begebenheiten nehmen würde, nichts weniger als klar. Denn, wenn seine Färllichkeit sich auch über die Vorurtheile der vornehmern Stände hinwegsetzte — immer riß sich eine unübersteigbare Kluft zwischen ihm und Esther auf. Ihr Vater trat immer dazwischen wie ein störender Geist, und diesem Mann hatte er jetzt den Aufenthalt seines Kindes verathen. . . . diesen Mann war er gewiß, bei Esther zu finden. Wie würde sich alles entwickeln, — wie sich lösen? — Esther mit sich vereinigt zu denken, schien ihm vom Schicksal zu viel gefordert. Eine Trennung von ihr? Ach, wie weit schob seine sehnsüchtige Liebe die Möglichkeit in den fernsten Hintergrund der Zukunft!

Neufallenstein ragte vor ihnen empor im Mittagsglanze. Der Wächter auf dem Walthurm blies aus Leibeskräften sein Horn, da der Trompeter der Stadt die Annäherung eines Besuchs verkündigte hatte. Ein unruhiges Hin- und Herlaufen im Zwinger wurde durch die Fensterlücken und Schießscharten der Mauer bemerkbar, und eine Stimme rief durch das Gitter am Thorbogen den jenseits des Grabens haltenden Reitern zu. „Ich habe eine Botschaft zu werden bei der Frau von Wilsel“, antwortete Dagobert; „im Namen der freien Reichsstadt Frankfurt.“ — „Frau Else ist krank“, lautete die Gegenrede. — „Thut nichts; ich werde nur wenig mit ihr sprechen,“ und nur einen Brief übergeben.“ — Die Stimme innerhalb des Thores verstummte, und die Boten der Stadt harrten lange vergebens. Indessen waren auf dem Walthurm Leute erschienen, unter ihnen ein Frauenbild mit wehendem Schleier, das stark und unverwandt auf Dagobert und seine Begleiter hernieder sah. — „Wenn die Sonne mich nicht blendet,“ sagte Vollbrecht, so ist das Frauenbild Eure Schwester, Herr. Sie trägt dasselbe Kleid, in welchem sie von Frankfurt abfuhr,

Ueber eine in München unter der Garnison herrschenden Typhus-Epidemie erhält der „Col.-Anz.“ das nachstehende Privat-Telegramm:

Infolge der hier herrschenden Typhus-Epidemie konnte das 8. Artillerie-Regiment nicht zum Manöver ausrücken. 40 Mann sind erkrankt. Falls neue Erkrankungsfälle eintreten, findet das Ausrücken des Regiments überhaupt nicht statt. Der letzte Termin ist auf den 27. gesetzt.

Der Segen des Militarismus. Vom Manöverfelde bei Gangelosen schreibt man dem Münchener „Vaterland“: Eine traurige Thatsache ist es fürwahr, wenn der Landmann, der vor der Ernte steht, zusehen muß, wie sein theuerstes Gut und Gut, das er nach 3-jähriger mühevoller Arbeit der Erde abgerungen hat, zerstampft wird, durch das Nachwort des Militarismus. Man kann es nicht anders nennen; wenn man es sieht, möchte man fast weinen.

Heuer, da die Felder und Wiesen in üppigster Pracht reichen Fruchttrag versprechen, auch Jageschlag aus glücklicher Versichte, bekommen wir als Ersatz für das vorige Mißjahr ein Regiments-Exercieren des 1. Infanterie-Regiments. Warum dasselbe jetzt im Gelände ist, nachdem der Staat Millionen für die schönsten Exercierplätze ausgegeben hat, ist Niemandem erklärlich.

Der Landmann wird wohl entschädigt; für das aber kann er sich Ersatz nicht wieder beschaffen.

Den Kommandeuren wurde allerdings die „möglichste Schonung“ der Fluren ans Herz gelegt und hätte das schöne Wetter ausgehalten, der größte Theil der Ernte wäre unter Dach; aber so sieht es traurig aus. Haber und Gerste liegen noch, das Heu steht in schönster Pracht, der Klee so fett wie schon lange nicht; Alles aber wird kurz und klein getreten, wirklich der gräßlichste Kriegsschauplatz!

Viele, man kann sagen die meisten Oekonomen sind aufs Höchste empört, und es ist schon vorgekommen, daß ein Bauer mit der Mistgabel gegen die Soldaten geschossen ist, freilich lächerlich — denn der Herr Oberst gab ihm kurz zu verstehen, er werde ihn niedertreten, wenn er nicht sofort aus dem Wege gehe. Wenn er anständig gewesen, meinte der Herr Oberst, hätte er sein Feld umgangen, so kommandirte er „marsch, marsch!“ und fort ging's über's Feld zum Erdarmer.

Die Herren Offiziere fragen wenig danach, was der „dumme“ Bauer sagt, aber der Regierung darf es nicht gleichgiltig sein. Wenn sie den Bauernstand national gesinnt erhalten will, dürfen solche Reibereien nicht vorkommen. Die Herren sollen wie bisher auf dem Exercierplatze bleiben. Die Manöver sind obnein zur Landplage geworden, wozu sie noch vermehren? Dadurch ist der Soldat 8—10 Tage lang im Quartier und verurtheilt in der an sich reichen „Steuer-Zeit“ Ausgaben, an denen mancher schwer zu tragen hat.

Der Fall Kronz. Als die dumm-dreiste Ente von den 300 000 M., die unser Genosse Kronz für die Durchführung des Bierbockotts hergegeben haben soll, durch die deutschen Zeitungen flatterte, wußten wir ganz wohl, daß es sich darum handelte, eine Maßregelung des Privatdozenten Kronz herbeizuführen. Wir erinnerten uns dabei an ähnliche denunziatorische Bemerkungen, denen das „Berl. Tageblatt“ vor Jahr und Tag Raum gab. Nun ist unsere Vermuthung erwiesen. Denn heute erhalten die hiesigen „Neuesten Nachrichten“ von „hochachtungswerther Seite“, wahrscheinlich aus Universitätskreisen, die folgende Mittheilung:

Vor einigen Wochen soll der Kultusminister Dr. Bosse sich an die philosophische Fakultät der Berliner Universität mit einer Vorlesung gewandt haben, die den „Fall Kronz“ zum Gegenstande hatte. Die seltsame Erscheinung, daß im Lehrkörper einer königlichen Universität ein verantwortlicher und hervorragender Stelle ein Mann wohnt, der die Grundlagen der bestehenden Ordnung des Staates und der Gesellschaft offen bekämpft, durfte immerhin den Leiter des Unterrichtsweesens der Monarchie mit Zweifel und Sorge erfüllen. Die Kommission der Fakultät habe nun gegenüber der Vorstellung des Ministers den Beschluß gefaßt, von einem Eingriff in die Lehrtätigkeit des genannten Privatdozenten abzusehen, da für die Fakultät lediglich die wissenschaftliche Befähigung das Kriterium der Zulassung sei und die sozialdemokratische Gesinnung eines Dozenten um so weniger der Gegenstand von Erwägungen der Fakultät sein dürfe, als die Regierung die Sozialdemokratie für eine gleichberechtigte politische Partei ansehe und mit ihr partize.

Die letzten Worte hat wohl das Bismarck-offiziöse Blatt hingeworfen. Hat die Berliner philosophische Fakultät so geantwortet, so hat sie nur ihre Pflicht gethan, hätte sie anders gehandelt, so hätte sie nur Schimpf und Schande verdient. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, denen die Freiheit der Wissenschaft leerer Schall ist, sind von Zweifel und Sorge erfüllt, während die „Bos'sche Zeitung“ dem Beschlusse der Fakultät Beifall zollt.

Dieser Brief, die Befreiungsurkunde der in Haft Gebliebenen, war geschrieben, aber der Bote fehlte, welcher ihn überbracht hätte, indem die Härte und grausame Rohheit der Frau von Wilsel, wie der Genossen des Ritters im ganzen Gau bekannt war, und selbst der Entschlossenste den Tod fürchtete, als sichern Lohn der Botschaft. Vergebens esahl der Rath: seine Diener meinten, ihr Leben käme nicht wieder, wenn man auch den Wechtram alsdann der Rache opfern wollte, und Geld und Versprechungen bewegen keinen, nach dem überberücktigten Schlosse Neufallenstein zu reiten. Schande genug für so viele im Kriegshandwerk ergraute Leute! schalt Dagobert, da er diese unaufhörlichen Weigerungen erfuhr: „Gebt mir Brief und Ring, und ich hole die Gefangenen unverfehrt aus der Höhle des Wolfs. Triffst mich dabei ein Unglück, nun, so laßt eine Messe für meine Seele lesen, und damit gut. Es soll nicht gesagt werden, daß sich in ganz Frankfurt kein Mann gefunden, der er gewagt hätte, den Räubern in das Weiße des Auges zu sehen.“ — Auf diesen locke Anerbieten hin fanden sich viele, die nun das Wagstück unternommen hätten, allein Dagobert blieb fest bei seinem Begehren, und der Schult- heit unterführte es, gegen alle Einwendungen des Vaters und der Freunde des Jünglings. Dagobert erkannte wohl den bösen Sinn seiner Worte und Bemühungen, freute sich aber ihrer Unterstützung und ritt von dannen, geleitet von Vollbrecht und einem Trompeter der Stadt, als ob er zu einem fröhlichen Kirchweihfeste geladen wäre. — „Es ist doch mein alter böser Fluch,“ — brummte er lächelnd vor sich hin, — „daß ich immer wie der ewige Jude un- berzichen muß im Laude, und die Pfoten ins Feuer stecken für Leute, die mich vergiften möchten; aber, was thut's? Mit meinem Frohsinn wächst meine Zuversicht, und meine Lust, jedem zu helfen, der meines Dienstes begehrt. Mit dem Vater habe ich mich versöhnt, und das ist denn doch die Hauptsache. Mütterlein und Bruder Hans im Himmel werden mich dafür segnen, und es nicht übel nehmen, wenn ich mich auch um die entartete Schwester, um die verirrte Stiefmutter bekümmere, und den armen kleinen Hans nicht aus dem Hause stoße, wenn er gleich nicht hineingehört. Seine Mutter ist ja doch unser eigen Blut.“ — Frisch also

da Ihr mich auf ihre Spur laudtet.“ — „Sie lebt also! sie lebt!“ jauchzte Dagobert; „Ich werde ihr mit Gutem vergelten können, was sie Böses an mir versucht.“ — So ebea kirkte die Zugbrücke nieder, und des Thores Flügel öffneten sich. Vollbrecht wollte seinem Herrn folgen, aber dieser wies ihn zurück. „Bleibe hier bei diesem Manne,“ sprach er: „bleib' ich aus, so melde's zu Frankfurt, und Du, mein Vollbrecht, sagst es in der Forsthütte zu Dürningen. Gott befohlen indesfen.“ — Gelassen und stolz ritt er über die Brücke durch das Thor, und rief hier feierlich aus vor dem Haufen Bewaffneter, die ihn umgaben: „Ich bin ein Herold und unverlethlicher Bote der Stadt, und so ihr ein Haar krümmt auf meinem Haupte, sage ich diesen Mannern hier Brand zu, und Euch allen, die da halten, den Tod auf dem Rade.“ — Als er nach diesem Eingange sich vom Hof geschwungen, so bemerkte er wohl, wie unnöthig seine Drohung gewesen sei, denn bleiche Gesichter standen um ihn her; kein Troh war in den Mienen zu schauen, sondern eine wilde Kenglichkeit, eine Unruhe, wie sie Verbrecher vor dem Gange zur Strafe zu überfallen pflegt. Am Thore des innern Hofes empfing den Jüngling Frau Else mit rothen Augen und krastlos einherstreichend — die mächtige Frau. Kaum vermochte sie sich den Schein der stolzen Gebieterin zu geben, die des Boten Gewerbe gleichgiltig erwartet; aber auch dieser Schein verging, als Dagobert ihr den Brief verlesen, und den benaherheitenden Ring überreicht hatte. Ihre Knie zitterten, wie ihre Lippen. — „So ist es denn sicher und gewiß,“ sprach sie zu dem alten Doring, der neben ihr stand. — „Ich konnte es bis jeho nicht glauben. Mein Alter in den Händen der Frankfurter! Sprech, Doring, . . . was soll ich thun?“ — „Befolgen, was er Euch befiehlt!“ erwiderte der Alte, dem die Augen feucht geworden waren: „Gebt frei die Gefangenen, damit Euer Herr lebe und frei sei. Zögert nicht.“ — „Alsobald!“ verjegte die Frau, und suchte an ihrem Schlüsselgebunde die Schlüssel zum Thore, und konnte sie lange in der Verwirrung nicht finden.

(Fortsetzung folgt.)

Pastoren sollen sich um ihre kirchlichen Angelegenheiten kümmern und in die sozialen Kämpfe unserer Zeit nicht eingreifen. Dahin wurden in der konservativen Presse die Worte und Raumann öfters belehrt. Schreibt aber einmal ein Pastor eine politische Abhandlung im Interesse der Agrarier, wie der Pastor Jäger in Verber bei Neumünster, worin er halbverdaute Leseerichte über Bimetallismus den Lesern vorsetzt, so erhält er in der „Kreuzzeitung“ einen anerkennenden Leitartikel gewidmet. Den Herren ist das Christentum und die Beschäftigung der Pastoren mit ihrer Gemeinde eben viel weniger wichtig, als die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Sonderinteressen. —

Die Verleumdungslust und Gewissenlosigkeit der „National-Zeitung“ zeigt sich auch in der folgenden Notiz:

Als Einleitung zum Bergarbeiter-Konflikt im Januar 1898 war auf dem früheren Bahnhof Castrop (jetzt Kassel) an der Strecke Berlin-Köln versucht worden, den Berlin-Köln-Schnellzug zum Entgleisen zu bringen. In eine das Bahrgleise kreuzende Weiche waren Dynamitpatronen gesteckt worden, die, als der Zug noch etwa 100 Meter von der betr. Stelle entfernt war, explodierten. Obschon durch die Explosion ein fast 2 Meter langes Schienenstück herausgesprengt war, entgleiste der Zug nicht, vielmehr sprangen Maschinen und Wagen über die gefährdete Stelle hinweg. Die Staatsanwaltschaft war bisher vergeblich bemüht den Täter zu entdecken. Jetzt scheint man jedoch den Urheber jenes Verbrechens gefasst zu haben. Ein Bergmann der Zeche „Victor“ ist unter dem dringenden Verdachte, jenes Verbrechen begangen zu haben, verhaftet worden. Im Rausche hat er sich selbst verraten.

Ein Wort eines Berauschten solche Bedeutung beizulegen, ist bloß Sache ganz gewissenloser Publizisten. —

Für die **lex Heinze** trat am entschiedensten in der ganzen Presse die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ein, sie begeisterte sich vor allem für eine Verschärfung des Pressgesetzes, um Zeitungen, die unsittliche Inserate veröffentlichen, scharf zu Leibe gehen zu können. Heute bringt das Blatt selbst die Reklame für ein Buch, das bestimmt unter die lex Heinze fallen würde. Bei den Inserateinnahmen hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ keine sittliche Skrupel. Beim Guanoblatt füglich nicht auffallend. —

Der **Prager Ausnahmestand** dauert nach einem Beschlusse des österreichischen Gesamtministeriums fort. —

Aus **Frankreich** ausgewiesen wurden 5 Russen, darunter zwei Frauen, weil sie mit den Nihilisten in Russland Beziehungen unterhielten. —

Über den **Leichnam v. Ungern-Sternberg** hat das Untersuchungsgericht in Lüttich den anwärtigen Behörden das Resultat der letzten Erhebungen mitgeteilt. Er legt sich den Namen und freiberlichen Titel fälschlich bei, ist vielmehr mit dem am 27. April 1865 zu Vohoff im Gouvernement Voronnie in Russland gebürtigen Cyprian Philipp Jagollowsky identisch. Er hörte die Vorlesungen an der Akademie der schönen Künste in St. Petersburg in den Jahren 1886 bis 1890 an und übersiedelte dann nach Wilna, lebte dann in Adampol und Slonim in Litthauen, trennte sich im Dezember 1892 von seiner Familie und begab sich nach Belgrad und Sofia. Anfangs 1893 begab er sich nach Wien, reiste nach kurzem Aufenthalte von dort nach Bern, wo er angeblich medizinische Vorlesungen anhören wollte. Im Juni v. J. reiste er nach Bourgen-Bresse in Frankreich, ließ sich dort für die Fremdenpolizei in Alger anwerben, diente auch bei diesem Korps in Sidi-Bel-Abbes, desertierte aber im Juli und ließ sich am 17. Juli v. J. in Oran einen Paß, der einem wirklichen Ungern-Sternberg einige Tage vorher abhandelt gekommen war, versehen. Seitdem lebt er unter dem Namen Graf Baron von Ungern-Sternberg an verschiedenen Orten. Während seines Aufenthaltes in Lüttich und insbesondere am 21. und 28. April hat er sich folgender Verbrechen schuldig gemacht: 1. lag es in seiner Absicht, öffentliche Gebäude und bewohnte Häuser durch Explosionen zu zerstören, was er auch teilweise vollführte; 2. versuchte er an Marcel Renson, Marie Dubois und Emilie Boghari Mordmorde zu begehen; 3. that er als Miturheber und Komplize durch Einbruch Explosivstoffe in Cherron; 4. nahm er an einer zu dem Zwecke gebildeten Gesellschaft Theil, um Attentate gegen Personen und Eigentum zu begehen; 5. listete er Komplotte zur Verübung von Mordthaten, Drohungen und Plünderungen in Lüttich und anderen Gemeinden; 6. beging er Fälschungen öffentlicher und privater Schriften und 7. trug er eben öffentlich den falschen Namen Ungern-Sternberg. Für die Ausforschung und Anhaltung Jagollowsky's wird eine Belohnung von zehntausend Franken zugesichert. Auskünfte sind an die Staatsanwaltschaft in Lüttich oder an den Untersuchungsrichter Alphonse Senz zu richten. Jagollowsky, der sich auch Jagollowsky schreibt, ist groß, sehr kräftig, aufgedunsen, hat hohe Schultern, blonde Haare, lichtgraue Augen, platte Nase, gelblich-blasses Gesicht, blonden, langen Schnurrbart, Gräbchen am Kinn, zwei Narben am linken Oberarm, wulstige, etwas offen gehaltene Lippen, eine Narbe an einem Bein in der Gegend des Schenkeles; er zieht den Fuß auch etwas nach und geht mit hart auswärtig gelegten Fußspitzen. Jagollowsky spricht korrekt deutsch, russisch und polnisch und ziemlich gut französisch.

Alle Anklagen, die gegen den famosen Ungern-Sternberg erhoben werden, deuten darauf hin, daß er nichts selbst thut, sondern stets andere verleiten wollte. Es handelt sich hier unzweifelhaft um einen ganz geriebenen Leichnam, der leider nicht erwischt werden wird. —

Crispi's Enfer Depesche. Für Crispi hat sich auch ein Wächter gefunden, das in einem „Aus dem Reisetagebuche eines Vertrauten des italienischen Ministerpräsidenten“ der Welt erzählt, wie der „italienische Bismard“ sich räuspert und spukt. Der begeisterte Verehrer oder Goldschreiber Crispi's ist bemüht, Ähnlichkeiten zwischen Crispi und Bismard herauszufinden, ja selbst die schmachlichsten Thaten unseres Reichskanzlers sind ihm gut genug, um ähnliche Thaten Crispi's anzuführen. Wir zitieren nach der „Neuen freien Presse“ die betreffende Stelle:

Crispi kommt seinem Begleiter gegenüber auf das Depressivste Regierungssystem zu sprechen und sagt: „Die Lüge in der Politik gebiert zur alten Schule und ist eine abgenutzte, aus der Mode gekommene Waffe. Man soll niemals lügen.“ Einer macht die Einwendung: „Es giebt aber doch notwendige Lügen, erhabene Lügen... die Lüge zum Beispiel, die über das Loos eines Volkes entscheidet.“

Einer der Begleiter — vielleicht gar ein solcher, der sich auf das Schmeicheln versteht, rückt dem Premier vor, daß auch er, gleich Bismard, durch eine „erhabene Verhüllung der Wahrheit“ zur Rettung der Einheit des Vaterlandes beigetragen habe. Es sei eine Affäre gewesen, die an die berühmte Enfer Depesche Bismard's, an die historische Chamade und Fanfare, erinnere. Crispi hätte nämlich im Jahre 1860 Garibaldi, der da herrschte, den Zug zur Befreiung Siziliens von der Bourbonenherrschaft zu unternehmen, doch schließlich zu dem Wagniß getrieben, indem er mit einem Lügen Federstrich ein aus Malta eingelassenes Telegramm Nicola Fabrizi's abänderte, in welchem es hieß, die Revolution in Sizilien sei niedergeschlagen, und demnach sei die geplante Expedition zwecklos geworden. Crispi berichtete nun seinen Begleiter dahin, daß er damals

vor dreißig Jahren nicht die Wahrheit verhielt, sondern nur ein chiffriertes und unverständliches Telegramm Fabrizi's, der wohl auf Malta von der Stämmung in Sizilien nicht gut unterrichtet gewesen sei, im Sinne einer sofort zu unternehmenden Expedition eigenwillig ausgelegt habe. —

Mit der nihilistischen Bewegung in Russland steht es augenfällig im Zusammenhang, daß der Kaiser den Ausfall der Manöver bei Smolensk angeordnet hat. —

Aus **Rumänien** wird uns geschrieben: Eine Fluth von Beamtenversetzungen und Ernennungen ließ in letzterer Zeit jedem, der die rumänischen Verhältnisse kennt, merken, daß Oben etwas geplant wird. Und wirklich, nachdem sie vorher lange gedregelt hatte, veröffentlichte die Regierung die neue Gemeindeordnung und raunte die damit verbundenen Neuwahlen für die Gemeindevertretung auf den 6. September (15. alten Stils) an. Das Zeichen zum Kampfe war somit gegeben. Die persönlichen Geheißigkeiten zwischen Liberalen und Konservativen (der Regierungspartei) sind wieder an der Tagesordnung und von beiden Seiten her wird nach der alten Weise gearbeitet: „Vor der Wahl möglichst viel versprechen und nach der Wahl möglichst wenig halten.“ Die sozialdemokratische Partei allein ist es, die in diesem Jahre den „historischen Parteien“ die Suppe verfaßt. Dem Beschlusse des Bulareiser Parteitag's gemäß wird sie sich regen an den Wahlen betheiligen und wenn nicht viel so doch etwas für das Volkwohl erkämpfen. Die konservative Partei tritt nicht unter den günstigsten Bedingungen in den Wahlkampf ein.

In Jassy erhob sich die ärmere Bevölkerung und es gab Unruhen an der Stadtgrenze. Eine Abordnung der Bevölkerung forderte im Rathhause dem Bürgermeister auf, er möge die Steuern aufheben, und drohte, falls keine Besserung eintreten sollte, in verstärkter Zahl wiederzukommen.

Dagegen sind die Wahlen für die Großpächter eine willkommene Gelegenheit, um die Pacht der Staatsgüter oder wenigstens einen Theil derselben, als Entgelt für ihre Stimmen einzustreichen. Diese Herren, die es im Auslande nie unterlassen können den großen Mann zu spielen, kündigen jetzt alle von ihnen gepachteten Staatsgüter oder verlangen eine Verminderung des Pachtzinses; und dies, nachdem sie sich bei den Pachtverleigerungen gegenseitig zu überbieten und zu überbieten suchten, so daß es vorkommt, daß die Pacht eines Gutes von 50 000 auf 150 000 Franks in die Höhe getrieben wird. Natürlich vermag das Gut nicht so viel zu ertragen und bei dem System, welches in Rumänien noch herrscht, das gepachtete Gut an den Bauer weiter zu verpachten, fällt die ganze Last auf den letzteren. So stellte sich die Pacht in dem Dorfe Jilesti (Garinler Bezirk) so hoch (66 Franks per Hectare), daß die Bauern sich weigerten, die Ernte zu sammeln, da sie nicht ein Mal die Pacht einbringen könne. Sie forderten den Großpächter auf, er möge selbst ernten. — Daß die Bevölkerung bei solchen Zuständen nicht in den Chor der „Wohlgelanten“ mit einstimmen wird, ist wahrlich nicht die Schuld der sozialdemokratischen „Geher“.

Ob Stambulow oder Stoilow leitender Minister in Bulgarien ist, kann den Bulgaren ganz gleich sein, beide schänden das Volk und arbeiten mit allen Mitteln, ohne Rücksicht, ob sie menschlich oder gefeßlich sind. Während früher Stambulow alle Ungefeßlichkeiten und Barbarenien sich erlaubte, so entrußt er sich jetzt, daß seine Begner die gleichen Waffen gebrauchen. Sein Blatt, die „Swoboda“, bringt eine Statistik der während der 72 Tage des neuen Regiments vorgekommenen Gefeswidrigkeiten, die fast unglaublich sind, obwohl Ort, Zeit und Namen angeführt werden. Die „Swoboda“ legt der Regierung 18 Morde, 17 Schandungen, 18 Verwundungen, 29 Mißhandlungen, 68 gewaltthätige Ueberfälle mit Raub, 24 Brände, 104 überfallene und zum Theil zerstörte Wohnstätten zur Last. Was an dieser Statistik richtig ist, was Uebertreibung, wird man hoffentlich bald erfahren. Dementirt die bulgarische Regierung diese Statistik haarschraubender Greuel nicht, so wird man sie als baare Münze annehmen. —

Das **nordamerikanische Anarchistengesetz**. Aus Washington wird telegraphirt: Die Verabreichung der Anti-Anarchisten-Bill ist von dem Repräsentantenhaus für die gegenwärtige Session fallen gelassen worden. —

Zur **Situation in Ostasien** liegen heute die folgenden Drahtmeldungen vor:

London, 22. August. Nach einer Depesche aus Tokio von gestern wurde dort amtlich mitgeteilt, daß der König von Korea sich am 30. Juni für unabhängig von China erklärte und infolge dessen die japanische Regierung aufforderte, ihn bei der Vertreibung des chinesischen Kontingents aus Asien zu helfen. Bei dem Kampfe wurden die Japaner von den koreanischen Truppen unterstützt. Die koreanische Regierung kündigte gleichzeitig alle Verträge mit China.

Shanghai, 22. August. Ein schottischer Missionar in Kiau-jiang, nördlich von Pusan, ist von chinesischen Soldaten, die auf dem Marsche nach Korea begriffen sind, mißhandelt worden. Es verlautet, der Missionar sei seinen Verletzungen erlegen.

London, 22. August. Dem „Neuer'schen Bureau“ wird bestätigt, daß zwei deutsche katholische Missionare in Tsingtschou im Süden von Shan-tung gefangen genommen worden sind.

Dresdener Erpressungsversuch.

Dresden, 22. August.
Heute Mittwoch hatte sich die zweite Ferienkammer des hiesigen Landgerichts in öffentlicher Verhandlung mit diesem prozessualen Novum zu beschäftigen. Wir geben nachfolgend eine zusammenhängende Darstellung der Ereignisse, die zu dem Prozesse geführt haben, wie auch des bisherigen Verfahrens gegen die Angeklagten.

Im Anfang März d. J. setzten sich die Angeklagten Eichhorn und Findeisen als Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins für Dresden-Rickstadt mit der Waldschlößchen-Brauerei in Verbindung, um zu erlangen, daß der ausgedehnte Waldschlößchenpark uns zur Waisfeier zur Verfügung gestellt werde. Nach etwa sechswöchigem Hin- und Herziehen, währenddessen vom Pächter des Parkes wie von der Direktion die verschiedenartigsten Ausflüchte gemacht worden waren, um eine bestimmte Erklärung zu vermeiden, sah endlich die Direktion keinen Ausweg mehr und sie erklärte nun rund heraus, daß sie den Park nicht hergebe. In einer Versammlung, die am 15. April im Trianonssaale abgehalten wurde, theilte Genosse Eichhorn das negative Resultat der Verhandlungen mit. Darauf erschien in der „Sächs. Arbeiterzeitung“ mit dem Datum des 18. April ein Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen, kein Waldschlößchenbier zu trinken, weil die Brauerei den Park nicht zur Waisfeier herzugeben habe. Die Folge war, daß Rechtsanwält Gerlach, Mitglied des Aufsichtsrathes der Waldschlößchenbrauerei, sich schriftlich an Eichhorn wandte und ihn „zur Aufklärung der Sache“ um seinen Besuch bat. Eichhorn leistete der Einladung Folge, es kam jedoch zu keiner Verständigung; Eichhorn verlangte selbstverständlich bedingungslos Hergebe des Parkes und Herr Gerlach ging darauf nicht ein. Diese erfolglose Unterredung hatte aber einen anderen Erfolg; noch am selben oder am folgenden Tage (in der „Sächs. Arbeiterzeitung“ berichtet unterm 20. April) wurden 26 Brauer entlassen, angeblich, weil die Waiserei zu Ende sei, nach Direktor Bier's Erklärung dagegen wegen Unbotmäßigkeit. Merkwürdigerweise befanden sich unter den Entlassenen sämtliche Mitglieder des Brauerfachvereins, darunter Leute, die drei, vier und sechs Jahre

in der Brauerei beschäftigt gewesen waren. Es folgten nun noch mehrere Unterredungen zwischen Eichhorn und Findeisen einerseits und Herrn Rechtsanwalt Gerlach und Herrn Direktor Bier andererseits, wobei nun auch, insbesondere in einem Briefe vom 22. April, die Forderung gestellt wurde, daß die entlassenen Brauer wieder eingestellt würden, da die Entlassung zweifellos als eine Maßregelung anzusehen war. Am 25. April erschien der zweite Boykottaufzug. Jetzt wandte sich Direktor Bier durch Vermittlung des Besitzers der Waiswäher Brauerei, Herrn Bachmann, an Gradnauer, ihn um seine Vermittlung ersuchend. Gradnauer erklärte sich nach längerem Zögern auf Drängen Bachmann's bereit, mit Bier zu unterhandeln und theilte diesem auf Verlangen schriftlich mit, daß er zu einer Unterredung bereit sei. Bier kam infolge dessen am zweiten Pfingstfeiertag, 14. Mai, zu Gradnauer in die Redaktion und dort fand die Unterredung statt. Im Laufe derselben erklärte Gradnauer dem Bier, daß er keine Vollmachten zu irgend welchen Vereinbarungen habe, daß er aber seine Vorschläge den Parteigenossen mittheilen wolle. Bier brachte selbst das Gespräch auf die Forderung der Wiedereinstellung der entlassenen Brauer und meinte, daß er dem nicht nachgeben könne, da es sich um aussäffige Elemente handle. Gradnauer stellte gar keine Forderungen, er theilte den Vorgang bloß den Parteigenossen mit und dann schrieb er nochmals an Bier, daß die Parteigenossen bereit seien, mit ihm weiter zu verhandeln. Es fanden aber keine weiteren Verhandlungen statt. Am 30. Mai erschien abermals ein Boykottaufzug, mit dem gleichzeitig eine große Anzahl von Geschäften bekannt gemacht wurden, die Waldschlößchenbier führten.

Jetzt trat der Staatsanwalt auf den Plan. Rechtsanwalt Gerlach wandte sich an diesen und nahm Rücksprache wegen des letzten Aufrufs. Gerlach sowohl wie Bier gaben bei der Staatsanwaltschaft Erklärungen ab über die bisherigen Verhandlungen und Bier beschwerte sich namentlich über die großen Verluste, die die Brauerei schon gehabt habe. Hier scheint nun die Erpressungsfrage ausgelügelt worden zu sein. Am 2. Juni ersuchte der Staatsanwalt — nicht etwa den Amtsdirektor um Erlass eines Haftbefehls — sondern die Polizeidirektion um sofortige Festnahme Eichhorn's, Findeisen's und Gradnauer's, weil sie der versuchten Erpressung dringend verdächtig seien. Die drei wurden dann auch sofort festgenommen und dem Amtsdirektor vorgeführt und dann auf Antrag der Staatsanwaltschaft richterlicher Haftbefehl gegen sie erlassen mit der Begründung, daß sie der versuchten Erpressung dringend verdächtig seien und in Rücksicht auf die zu erwartende Strafe Fluchtverdacht wie auch Kollisionsgefahr vorliege. Der bestellte Untersuchungsrichter beschloß sodann die Voruntersuchung und Fortdauer der Untersuchungshaft, und daran wurde auch durch die bis ans Oberlandesgericht verfolgten Haftbeschwerden nichts geändert.

Für die Annahme des dringenden Verdachtes der versuchten Erpressung, namentlich bei Gradnauer, wurden die Aussagen des Herrn Bier ins Feld geführt, der anfangs gesagt hatte, Gradnauer habe auf der Forderung der Wiedereinstellung der Brauer bestanden und dem Bier gesagt, wenn die Brauerei nicht nachgäbe, würde sie schon sehen, was die Arbeiter vermöchten. Ja, nach Gerlach soll Gradnauer sogar von der Brauerei verlangt haben, daß sie in Zukunft nur die von der sozialdemokratischen Parteitheilung employirten Arbeiter anstelle Gradnauer bestreite von vornherein ganz entschieden diese Darstellung und bekamte sich stets nur zu dem, was wie im Eingange unserer Darstellung bereits über seine Thätigkeit mitgeteilt haben. Darauf wurde dann Bier nochmals zum 9. Juni vor den Untersuchungsrichter geladen, statt seiner kam aber die Mittheilung, daß er nach Karlsruhe verreist sei. Auf telegraphische Ladung theilte er mit, daß er krank sei und nicht reisen könne; am 14. Juni endlich erscheint Herr Bier auf wiederholte Ladung und macht Aussagen, die mit seiner ersten Aussage in Widerspruch stehen sollen, er wurde deswegen auch eidlich vernommen. Er selbst erklärte aber, in seinen Aussagen keinen Widerspruch finden zu können, er hätte von vornherein sagen wollen, daß Gradnauer zwar gewisse Forderungen ausgesprochen habe, daß aber der ganze Zusammenhang ergeben hätte, daß er diese Forderungen nicht selbst ausstelle, sondern sie nur zu seiner (Bier's) Kenntniß bringen wolle.

Unterdessen wurden auch sonstige Ermittlungen angestellt, um das Verbrechen der verhafteten Verbrecher zu finden. Es wurden verschiedene Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Vereins vernommen, um über die Beauftragung Eichhorn's und Findeisen's etwas zu erfahren; bei der Polizei wurden Nachforschungen angestellt über die Organisation der sozialdemokratischen Partei, namentlich über die Nachbefugnisse Gradnauer's, man wollte erfahren, ob nicht Gradnauer dem Eichhorn und Findeisen etwas zu befehlen gehabt habe. Die Polizei weiß das natürlich ganz genau: „Gradnauer ist zwar als einer der ersten Führer zu betrachten, aber in der geheimen Organisation“ der Partei ist er nicht Vorgesetzter des Eichhorn und Findeisen und hat denen nichts zu befehlen. Dagegen fragen die ihn oft um Rath.“ Ja, es wird sogar nachgefragt, ob sich nicht andere Brauereien durch Zahlung von größeren Geldsummen an die sozialdemokratische Partei vom Boykott losgelassen hätten, weil das Gerübe ging, das Cottaer Hofbrauhaus habe unserer Partei Geld gegeben und der Feldschlößchenpächter Scheibe habe durch Zahlung einer Summe von 3000 M. den Boykott vom Feldschlößchen abgewendet. Am 16. Juni endlich, nachdem polizeilich bescheinigt war, daß Gradnauer gar nichts zu sagen habe, gewinnt der Staatsanwalt die Meinung, daß zwar Gradnauer noch immer verdächtig sei, daß aber die Kollisionsgefahr nunmehr beseitigt sei und er gegen die Entlassung Gradnauer's, die der Untersuchungsrichter schon am vorhergehenden Tage für angebracht hielt, nichts mehr einzuwenden habe. Gradnauer wurde denn auch am 16. Juni Abends entlassen. Durch Beschluß des Landgerichts vom 17. Juli wurde sodann der Antrag des Staatsanwalts auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Gradnauer abgelehnt, dagegen gegen Eichhorn und Findeisen das Hauptverfahren eröffnet. Diese beiden wurden auch nicht aus der Haft entlassen, sie wurden daher heute zur Hauptverhandlung aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Bei Eichhorn half auch der Hinweis auf seine schwere Erkrankung nichts, auch er mußte in Haft bleiben, der Gerichtsarzt, Medizinalrath Dr. Donau, erklärte ihn für vollständig hinfällig und das ist natürlich für das Gericht ausschlaggebend. Termin zur Hauptverhandlung war bereits einmal für den 28. Juli angesetzt, er wurde aber wieder aufgehoben, da der als Zeuge geladene Rechtsanwalt Gerlach unterdessen in die Ferien nach Tirol gegangen war und von dort aus dem Gericht mittheilte, daß er krank sei und zum Termin nicht erscheinen könne. Deshalb wurde der Termin auf heute, also um fast vier Wochen, verschoben — für einen in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten, der noch dazu todkrank ist, gewiß sehr angenehm.

Parteinachrichten.

Zasslauerfeier und Sedaurummel. In einer großen Anzahl Städte haben sich die Parteigenossen den 2. September, einen Sonntag, gewählt, um das Andenken an Cassalle zu ehren; so auch die Elberfelder. Der Volksverein hat in jedem Jahre einen Ausflug unternommen nach Ronsdorf. Trotz der vielen Tausende, welche stets an dieser Kundgebung theilnahmen, ist nie das geringste Ungehörige, woran etwa die Behörde hätte Anstoß nehmen können, dabei vorgekommen. Dennoch ist der geschlossene Ausflug für dieses Jahr durch die Behörde verboten worden. Dem Vorstande wurde folgende Antwort auf sein Gesuch zugestellt: „Dem Vorstande erwidere ich auf die gefällige Einladung vom 15. d. M., daß die nachgeordnete Genehmigung

zur Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges am 2. I. M. (Nachmittags 1 1/2 Uhr von der „Wilhelmshöhe“ aus nach dem „Pöhlersfeld“ und sodann Abends 9 Uhr zurück im Interesse der öffentlichen Ordnung versagt wird.“ — Also die „öffentliche Ordnung“ soll gefährdet sein. An demselben Tage aber findet das „Sedantfest“ statt, wozu sich, wie die Elberfelder „Freie Presse“ mittheilt, die Nordpatrioten von den Stadtverordneten 1000 M. bewilligen ließen. Den Sozialdemokraten, welche des Nachmittags eine halbe Stunde gedauert, um in Ordnung aus der Stadt und des Abends eine solche um wieder herein zu ziehen, verbietet man das wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung; den nordpatriotischen Vereinen organisiert die Stadt selbst das Nadaufest und den Umzug durch die Stadt. Es ist bekannt, so bemerkt obiges Blatt, wie der Sedantwandel immer endigt, es ist bekannt, daß der Ausbruch der „patriotischen Gefühle“ unter dem patriotischen Wibel des Abends die Straßen in höchstem Grade unruhm, das Passiren derselben mitunter lebensgefährlich macht. Und dennoch wird dem sozialdemokratischen Volksverein der Zug durch die Stadt verboten! — Sieht es eine beizührende Satire auf das gleiche Recht für alle?

Auch die Magdeburger Parteigenossen tragen sich mit der Abfahrt, die Vassalleier am 2. September, dem Sedantage, abzuhalten. Während das nach oben Lachbuckelnde und nach unten brutal aufstrebende Bürgerthum den Chauvinismus pflegt, wollen sie in Verbindung mit der Vassalleier sich den Werken des Friedens widmen.

Das Bremer Gewerkschaftsfest, welches am letzten Sonntag stattgefunden, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für unsere Partei. Schon von 1 Uhr ab zogen von allen Seiten die Teilnehmer am Festzuge, die sich an ihren besonderen Sammelpunkten in der Stadt zusammengefunden hatten, zum Festplatz heran, den Bestimmungen der Behörde entsprechend in regellosen Gruppen, mit Musikkorps an der Spitze, die sich lautlos verhielten. Um 1 1/2 Uhr füllte sich der weite Raum des „Grünen Kamp“ allmählich immer mehr mit den einzelnen Gruppen des Festzuges, die Kuffelung erfolgte rasch und sicher, und um 2 1/4 Uhr setzte sich der Festzug in Bewegung. Leider begann noch während der Aufstellung des Zuges ein heftiger, langandauernder Regen herniederzuströmen, nachdem die herrliche Witterung des Vormittags schon die besten Hoffnungen auf ein richtiges Festwetter erweckt hatte. Dessenungeachtet geschah die Aufstellung in bester Ordnung. Der Festzug selbst bot einen prächtigen, geradezu imposanten Anblick und war nach dem einstimmigen Urtheil Aller erheblich größer als wie in vorhergehenden Jahren, was wohl wesentlich der ungleich stärkeren Theilnahme der auswärtigen Genossen an dem diesjährigen Fest zuguschreiben sein wird. Unter Vorauftritt eines Musikkorps eröffnete eine Wodnung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins mit der alten Parteifahne, die zusammengeordnet und mit weißem Bande umwickelt war (des „Noth verbots wegen“) den Festzug. Ihr folgten die auswärtigen Gäste, voran die Bremerhavener Genossen, die in ganz unerwarteter großer Zahl (über 1000 Personen) hergekommen waren und sich damit in glänzender Weise für den zahlreichen Besuch der Bremer Genossen auf dem letzten Bremerhavener Gewerkschaftsfest revanchierten. In bunter Reihe folgten dann die Genossen der übrigen Orte, Gesehmünde, Nordenham, Abbehanen, Delmenhorst, Verden, Achim, Dornum, Sebaldsbrück, Hastedt, Oslebshausen, Gröpingen, Burgmann, Osterholz, Brinkum, Woltmershausen und so weiter. Der gesammte Festzug, in dem acht Musikkorps vorhanden waren, bot ein großartiges, geradezu überwältigendes Bild in seiner Massenhaftigkeit, seiner bunten, schimmernden Farbenpracht. Raum war die Spitze des Zuges, in dessen erster Gruppe sich auch Genosse Singer befand, auf dem Festplatze angekommen, als der Himmel von neuem die Schleusen öffnete, wodurch zwar nicht die Ordnung des Zuges gestört, wohl aber die Feststimmung wesentlich herabgemindert wurde. Um 4 1/2 Uhr betrat Genosse Singer, nachdem die Arbeiter-Gesangvereine ein prächtiges Begrüßungslied gesungen hatten, die Rednertribüne, begrüßt von lebhaftem, immer wiederholtem Beifall der Tausende, welche sich um die Tribüne gesammelt hatten und hielt mit weit hin schallender Stimme, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, die Festrede. In großen Zügen beleuchtete Genosse Singer die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland; sich für den ihm gewordenen warmen Empfang bedankend, betonte er, diesen nicht für seine Person in Anspruch zu nehmen, sondern daß er ihn entgegen nehme als unserer allgemeinen großen Sache gebracht.

Den Kravall bei Antonienhütte hätte man gar zu gern wieder der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben. Triumphierend berichtete die bürgerliche Presse von der Verhaftung unseres Genossen Protop, der den Kravall hervorgerufen habe und der nun einer „exemplarischen Bestrafung“ entgegen sehe. Die Freude scheint aber diesmal verfrüht zu sein. Protop war wohl in Haft genommen, mußte aber, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, wieder auf freies Fuß gesetzt werden. Dagegen sind am gleichen Tage zwei Gendarmen verhaftet worden.

Der Kampf der sächsischen Behörden gegen — die Kinder. Analog dem Vorgehen der Schul- und Polizeibehörden in Dresden, Freiberg u. s. w. haben nun auch die von Chemnitz und Leipzig eine Verordnung erlassen betreffend die Veranstaltung von Kinderfesten. Die in Chemnitz erlassene hat folgenden Wortlaut:

Zur Veranstaltung von Kinderfesten, welche an öffentlichen Orten abgehalten werden sollen, oder welche von Gast- und Schankwirthren, bezw. von mit öffentlichen Angelegenheiten sich beschäftigenden Vereinen, oder von offenkundigen Anhängern einer politischen oder kirchlichen Partei veranstaltet werden, sowie ferner zur Theilnahme von Schulkindern an öffentlichen Festen der Erwachsenen, insbesondere an solchen Festen, welche gleichzeitig mit Tanzveranstaltungen in denselben Grundstücke stattfinden, bedarf es jedesmal der Genehmigung der königl. Bezirks-Schulinspektion und, sind mit dem Feste öffentliche Auf- und Umzüge verbunden, auch der Erlaubnis des mitunterzeichneten Polizeiamts.

Die Veranstaltung von Festen für Schulkinder ohne die erforderliche vorgängige Genehmigung der Bezirks-Schulinspektion und des Polizeiamts, sowie das Zuwiderhandeln gegen die Erlaubnis-Bedingungen oder gegen etwaige Anordnungen, bezw. Verbote der Aufsichtsbearbeiter mit einer Geldstrafe bis zu 50 M. oder Haft bis zu 8 Tagen geahndet.

Gesuche um Genehmigung zur Veranstaltung von Festen gedachter Art bezw. um Zulassung von Schulkindern zu den Festen Erwachsener sind, und zwar mindestens 4 Tage zuvor, bei dem Schulausschusse zu Chemnitz einzureichen.

Chemnitz, den 16. August 1894.

Die königl. Bezirks-Schulinspektion I. Das Polizeiamt. Lohse, Stadtrath. Dachselt, Schulrath. Siebdrat, Polizeidirektor.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß sich diese famose Verordnung, bei der die Schule der Polizei Geburtshilfe geleistet hat, gegen die Kinder sozialdemokratischer Eltern richtet. Die Eltern haben über ihre Kinder also nichts zu verfügen, dahingegen decretirt die unter polizeilichem Kommando stehende Schule einfach, daß die Kinder sich zu betheiligen haben am Sedantwandel, bei Monarchenempfangen u. s. w. So will es die Moral des Polizeiamts. Es muß wirklich recht wackelig stehen um unsere Partei- und Gesellschaftsordnung.

Sozialdemokratie und Feuerwehre. Die **Mittweidaer**, auch die „gutgesinnte“ Einwohnerschaft hat sich seit Jahren von sozialdemokratischen Feuerwehrmännern bei Bränden löschten lassen. Die große Mehrzahl der Mitglieder (die sozialdemokratischen) waren nun der nach Ansicht des Bürgermeisters falschen Anschauung, daß sie nur diesem gemeinnützigen Zwecke zu dienen haben, daß sie aber nicht verpflichtet seien, bei Fest-

lichkeiten Polizeidienste zu leisten. Es erfolgte deshalb, wie bereits mitgeteilt, die Auflösung. Ueber die unter Beihilfe des Bürgermeisters neugegründete Feuerwehre schreibt man uns von dort: Die neue Mittweidaer Feuerwehre hat sich auch neue Satzungen gegeben. Ihr § 1 lautet: „Mitglied der freiwilligen Feuerwehre kann nur der sein, der in Treue zu Kaiser und Reich, König und Vaterland an der bestehenden Gesellschaftsordnung festhält.“ Die Amtsblätter schwelgen in Bonnen, weil „trotz des Aufruhrs“ unserer Genossen sich 46 Mitglieder der alten Feuerwehre auch in die neue hätten aufnehmen lassen. Nun, damit wird gerade ziffermäßig festgestellt, daß der Aufruf dem Verein nicht beigetreten, die Wirtlung gehabt hat, die man vernünftigerweise von ihm erwarten konnte. Zwei Drittel der alten Feuerwehre hatten sich der „sozialdemokratischen Umtriebe“ und der „Unbotmäßigkeit“ schuldig gemacht, indem sie den Beschluß zu stände brachten, auf dem Stiftungsfeste des Verschönerungsvereines (dem sogen. „Anlage“-Feste) keine Polizeidienste zu thun. 47 hatten gegen den Beschluß gestimmt.

In dem Aufrufe des Stadtraths zur Neubildung der Feuerwehre heißt es wörtlich: „Leider sind die treu an der bestehenden Ordnung festhaltenden Kreise unserer Einwohnerschaft nur schwach in der (alten, aufgelösten) freiwilligen Feuerwehre vertreten gewesen.“ Damit ist amtlich festgestellt, bei wem bis dahin das „Licht brennen, was brennen will“ gegolten hatte. Wir können ja auch einmal abwechseln. Wollen nur sehen, ob die neue Feuerwehre die alte eben so sehr im Völkchen übertrifft, wie in der „Wohlfühlbarkeit“.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Das Beispiel Sachsens** wirkt ansteckend. Nach bayerischem Vereinsgesetz dürfen Frauen an politischen Versammlungen nicht teilnehmen. In Nürnberg hatte am 17. Juni eine öffentliche Versammlung für Metallarbeiter und Arbeiterinnen stattgefunden. Der überwachende Beamte verlangte die Entfernung der weiblichen Besucher. Eine Beschwerde des Genossen Scherz bei der Kreisregierung wurde zurückgewiesen. Die Erfahrungen hätten ergeben, daß die Versammlung als eine von der sozialdemokratischen Partei ausgehende, also eine politische sei.

— Die **Breslauer „Volksmacht“** dementirt die von bürgerlichen Blättern gebrachte Nachricht, daß der Genosse Burkus aus Jarze, welcher bekanntlich die Krawalle bei Antonienhütte verurtheilt haben soll, aus der Haft entlassen sei.

— **Das Hamburger Arbeiter-Sängerkorps**, das am letzten Sonntag, diesmal auf preussischem Gebiete (Altona) abgehalten wurde, ist auch dementsprechend schlecht verlaufen. Die Erlaubnis zum Singen und daß das Fest überhaupt stattfinden dürfe, traf mit berühmter Pünktlichkeit erst Abends 7 Uhr ein, sodaß natürlich nicht alle Programmpunkte mehr erledigt werden konnten. Die Polizei irrte sich natürlich, wenn sie glaubt, mit derartigen Mitteln die im Vordereingang begriffene Gesellschaftsordnung länger halten zu können.

Soziale Uebersicht.

Vegnadigt. In Weinheim in Baden war der Schuttmann Hartmann zu 14 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten verurtheilt worden, weil er gelegentlich einer Verhaftung den Arrestanten im Wachlokal derartig mißhandelt hatte, daß letzterer mehrere Tage arbeitsunfähig war. (Soll in Berlin auch vorkommen. Red. d. Vorm.) Trotz allen Zeugnis wurde Hartmann durch die Beweisnahme vollkommen des obigen Vergehens überführt, so daß das Gericht zu einem verurtheilenden Erkenntnis gelangen mußte. Nunmehr ist das schon lange kurrstende Gericht, daß Hartmann begnadigt sei, befristet worden. Daß ein solches Vorgehen geeignet ist, das Rechtsbewußtsein im Volke zu erschüttern, ist selbstverständlich. Ein Mensch, der aus Noth sich in einem Vergehen hinreißen läßt, sei es nun Diebstahl oder sonst etwas, muß unweigerlich die ihm zukommende Strafe verbüßen, wenn er auch vorher noch so unbefcholten gewesen ist; hingegen ein Beamter, der seine Instruktionen kennen muß und trotzdem dieselbe überschreitet und mir nichts dir nichts an einem wehrlosen Arrestanten sein Mäthchen küßt, geht auch, wenn er verurtheilt ist, frei weg. Das fest böses Blut und ist dazu angethan, die Beamten mehr noch als bisher in ihrem dunkelhaften Bewußtsein zu stärken, daß nicht sie wegen des Volkes, sondern das Volk wegen ihnen da ist.

Die Auffangung der landwirthschaftlichen Kleinbetriebe macht sich, wie aus einer Notiz der „Frankl. Ztg.“ hervorgeht, in besonders auffälliger Weise in dem ostwestfälischen Industrie- und Lande Sachsen bemerkbar. Wie in der Notiz mitgeteilt wird, sollen allein im Böhmerer Bezirk innerhalb weniger Jahrzehnte gegen 200 Bauerngüter, Gärten, Gärten und Gartennutzungen durch Rittergutsbesitzer aufgekauft worden sein.

Die wirtschaftliche Krise ist auch in Frankreich eine allgemeine, kaum ein Erwerbsteil, der davon nicht berührt würde. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt einen Bericht über die gegenwärtige Lage der französischen Industrie nach dem „Bulletin de l'Office du Travail“, dem wir folgendes entnehmen: In Lille, Roubaix, Tourcoing leidet die Wollindustrie noch immer unter der Erschwerung der Absatz durch die Zolltarife von 1892. Die Feinindustrie macht gegenwärtig eine äußerst bedenkliche Krise durch. „Die Produzenten“, schreibt das „Bulletin“, „bleiben ohne Aufträge, wie gering auch die Preise sein mögen.“ Die Baumwollindustrie leidet überall den Weir. Am 18. Juli traten die Feinindustriellen zusammen, um Mittel und Wege ausfindig zu machen, der jetzigen Krise zu steuern. 265.000 Spindeln waren vertreten und es wurde im Prinzip beschlossen, nur fünf Tage per Woche zu arbeiten.“ Die einst so blühende Feinindustrie der nördlichen Departements ist durch die Ueberschuldung an Baumwoll-Gespinnsten und Geweben, eine Folge der Zolltarife von 1892, ernstlich gefährdet. In Paris klagen die Niederfabrikanten und die Jubelstimmigen über die wesentliche Vertheuerung des Rohmaterials, so namentlich des wohlfeilen Alas, welcher sehr hohe Zölle zu entrichten hat. Die Lage auf dem Pariser Plage ist nach dem „Bulletin“ eine recht unangünstige und es klingt nahezu wie Spott, wenn man die von den Schutzvätern verheißenen glänzenden Resultate mit den wirklich erzielten vergleicht. Ein Blick auf die Statistik der Konkurs-Erklärungen in den ersten 7 Monaten der Jahre 1894 und 1893 spricht deutlich, als alle langen Artikel der „Republ. Franç.“: Vom 1. Januar bis 31. Juli

	1894	1893
Fallimente	898	808
Gerichtliche Liquidationen . . .	160	167
Liquidationen in Fallimente umgewandelt	41	61

1099 1026

Die Zunahme der Zahlungseinstellungen beträgt demnach in der kurzen Zeit bereits 8 pCt. Die neue Erhöhung der Kornpreise von 5 auf 7 Fr. hat, wie man weiß, keineswegs das unausgesetzte natürliche Sinken der Kornpreise aufzuhalten vermocht. Selbstverständlich leidet die Mühlenindustrie, namentlich die des Departements Seine-Marne, unter dieser unangünstigen Lage, desgleichen alle Fabrikanten von Teigwaren. Nicht besser sind die Papier-, Leder-, Bürsten-, Glas-, Porzellan-, Ziegel- und Dachziegel-Fabrikanten daran. In Zibiers (Puy-de-Dôme), wo bekanntlich die Messerschmiede eine ausgebreitete Industrie treiben, klagt man über ein nahezu vollständiges Stocken der Arbeiten. In Annonay (Ardèche) macht die Weißgerberei eine schwere Krise durch. In den meisten Fabriken wird nur halbe Tage gearbeitet und in der ganzen Gegend sind in den Monaten Juni und Juli so bedeutende Fallimente zu verzeichnen gewesen, daß neue Zahlungseinstellungen als unvermeidlich angesehen werden. Die Roggererei ihrerseits liegt im Argen. Noch schlimmer er-

geht es der Seidenindustrie, welche auch noch durch das Gesetz vom 2. November 1892, betreffend die Arbeit der Frauen und Kinder, erheblich gestört zu werden behauptet. Im Gard-Departement hat die Ausfuhr von Wirkwaren wesentlich abgenommen. Die Tischler und Schlosser feiern in Massen. Die Einfuhrverhinderung für Fleisch hat in Nimes den Konsum desselben von 30.191 kg im Jahre 1893 auf 23.417 im Jahre 1894 erniedrigen helfen, da die Preise vom Vieh infolge der Trockenheit im Jahr 1893 gestiegen sind. In der Gegend von Gournes klagt man über die schlechten Preise der Seide. Die Prämien geben nicht das erwartete Resultat. In Certe ist die Lage des Kaufmannshandes eine beklagenswerthe, sagt das „Bulletin“ und fügt hinzu: „Das neue Gesetz über die Wässerung und Alkoholisirung des Weines droht die Geschäfte noch schwieriger zu machen.“ Die Handschuh-Fabrikation des Jüere-Departements ist infolge der amerikanischen Krise noch immer in großen Nothen. Der Zustand der Seiden-, Papierwaren- und Zementfabrikation hat sich noch nicht gebessert. In Bourg-de-Péage und in Romans (Drôme) machen die Hut- und Schuhfabrikanten wenig Geschäfte, die kleinen Meister hingegen gar keine. „In der Vanclouse“, berichtet das „Bulletin“, „hat die Fabrikation der kleinen Kartonschachteln seit 2 Jahren eine harte Krise durchzumachen. Seit dem Schutzollsystem hat die Ausfuhr nach der Iberischen Halbinsel und anderwärts vollständig aufgehört. Die Papierfabrikation ist stark gesunken, ebenso die Rumpfinger- und Brantweinindustrie.“ In Marseille vegetirt die Oelfabrikation und sinken die Seifen- und Gerbereiindustrien. Der Verkehr des Eisens hat wesentlich abgenommen. Nur die Reisindustrie hebt sich einigermaßen infolge der Schutzölle. Das ist die offizielle Bilanz der Segnungen des Méline'schen Schutzollsystems.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Danzig, 22. Aug. Der Staatskommissar für das Weichselgebiet meldet: Cholera ist bakteriologisch festgestellt bei dem am 19. August in das hiesige städtische Lazareth eingelieferten Kind aus Althof, bei zwei in der letzten Nacht verstorbenen Personen (Vater und Kind) aus Plehendorf, bei einem Kind aus Weichselmünde, bei einem Arbeiter aus Althof, bei einem Pfaffen aus Kienhof bei Loebau, bei zwei am 20. August Verstorbenen und einer Frau aus Gollub. In der Mottlau sind nächst der Schäferei Choleraabzillen nachgewiesen worden.

Amsterdam, 22. August. Hier sind heute 3 Cholera-Erkrankungen, in Maastricht eine Erkrankung und zwei Todesfälle und in Haarlem eine Erkrankung vorgekommen.

Flume, 22. August. Der Brand in dem Hafen dauert fort trotz der ungeheuren von dem Rettungsdampfer „Gigant“ zugeführten Wassermengen; die Abfahrt und die Zufahrt von Waaren ist wegen der Gefahr eines Einsturzes des noch brennenden Magazins sehr erschwert.

Paris, 22. August. Großes Aufsehen ruft die plötzliche Einstellung des Abgeordneten Mirman in den Militärdienst hervor. Mirman ist bereits 29 Jahre alt und hatte sich dadurch der Militärdienst entzogen, daß er eine Professorenstelle annahm. Dies Amt gab er jetzt auf, und wurde er ohne weiteres in Uniform gesteckt. Da er Familienvater ist, gestattete ihn der Minister, in der Nähe von Paris in Garnison zu gehen.

Rom, 22. August. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Messina brach in einem pyrotechnischen Etablissement Feuer aus, bei welchem zwei Personen den Tod in den Flammen fanden. Fünf Personen, darunter der Besitzer des Etablissements, wurden verwundet.

London, 22. August. Der „Times“ wird aus Shanghai von gestern gemeldet: General Tio telegraphirt, daß die Chinesen am Freitag die Japaner bei Ping-jang angriffen, sie zurückwarfen und ihnen große Verluste zufügten. Am Sonnabend griffen die Chinesen die Japaner wieder an und vertrieben sie aus Chingho; auch hierbei erlitten die Japaner große Verluste. Die chinesische Flotte ist im Besitz des Golfes von Petchi-li. Zwei deutsche Missionäre der katholischen Mission in Sininghu (Schantung) wurden von Briganten gefangen genommen. Die Briganten fordern ein Lösegeld für dieselben. Die Polizei hat die Briganten noch nicht fassen können.

London, 21. August. Im Unterhause wurde der Bericht über den Ausgabenetat erörtert. Der Antrag Dalziel, die Posten der Gehälter der Beamten des Oberhauses nicht zu genehmigen, wurde mit 78 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Im Laufe der Debatte erklärte der Chefsekretär für Irland, John Morley, angeichts des Crises und der Wichtigkeit der Frage betreffend die Stellung des Oberhauses, lehne die Regierung es ab, sie gelegentlich der Kleinlichen Frage der Beamtengehälter aufzuwerfen. Die Regierung werde die Frage während der Ferien erwägen und darüber schlüssig werden.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Köln, 22. August. Bezüglich der augenblicklichen Lage in Serbien erfährt der Belgrader Korrespondent der „Köln. Ztg.“ von zutändiger Seite, daß trotz aller Ablehnung eine Krise bestehe, welche einerseits durch die Unbeholfenheit und Energielosigkeit, andererseits durch den Zwist des Ministerpräsidenten Nikolajew mit dem Erzbischof Milan begründet sei. Der Sturz des jetzigen Ministerpräsidenten sei unabwendbar, und daß derselbe bisher nicht erfolgt sei, werde auf finanzpolitische Gründe zurückgeführt, wahrscheinlich wegen der geplanten Ausgabe der zweiten Hälfte der Anleihe, welche man vorher abwarten möchte. Die Wahl des Nachfolgers des Ministerpräsidenten Nikolajew bereite Schwierigkeiten, da der König ein einseitiges Parteiregime vermeiden wolle.

Lemberg, 22. August. Die russischen Behörden deportirten den Pächter Kondzielski aus Podwoloczyska, welcher seiner Zeit durch ein fingirtes Telegramm nach Kiew gelockt worden war, während in seiner Wohnung ein von der Polizei bestellter Einbruch stattfand, wobei wichtige Briefschaften kompromittirenden Inhalts gefunden wurden, nach Sibirien, nachdem Kondzielski der Spionage überführt worden ist.

Belgrad, 22. August. Die Regierung hat alle als radikale Agitatoren bekannte Lehrer entlassen.

Konstantinopel, 22. August. Wegen der Provenienzen aus Marseille ist eine fünfjährige Quarantäne eingeführt.

Brüssel, 22. August. Bei den Artilleriemännern in Brasschaat platzte eine Granate. Drei Soldaten wurden schwer verletzt.

Brüssel, 22. August. Bei der gestern zu Ende geführten Abstimmung über das Wahlbündnis der Sozialisten mit den Progressisten wurde das Bündnis mit 200 Stimmen Mehrheit angenommen. Es ist jedoch noch fraglich, ob man sich auch über die einzelnen Bedingungen wird einigen können.

Marseille, 22. August. Im Gemeinderath wurden die sanitären Verhältnisse der Stadt Marseille für ausgezeichnet erklärt. Die Regierung wurde aufgefordert, die Quarantäne gegen die Herkunft aus Marseille sofort aufzuheben.

London, 22. August. Nachrichten über die Kriegsoperationen auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz fehlen vollständig. Die Verbindungen sind derartig abgeschnitten, daß die Zeitungskorrespondenten, welche nach Korea abgegangen waren, nach Shanghai zurückgelehrt sind. Der Mangel an authentischen Nachrichten ruft zahlreiche, unkontrollierbare Gerüchte hervor, welche später wieder dementirt werden. Die Japaner in Shanghai haben das chinesische Stadtviertel verlassen und sich unter den Schutz des amerikanischen Konsuls gestellt.

Washington, 22. August. Der hiesige japanische Gesandte hat erklärt, daß seine Regierung weder ausländische Kanonen, Waffen, Munition und Soldaten noch ausländisches Geld nöthig habe.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der brutale Willkürakt des Brauereirings hart noch der Sühne. Den Hunderten unschuldig aufs Pflaster geworfenen Arbeitern ist noch keine Genugthuung geworden. Arbeiter und Parteigenossen! Ohne eure opferwillige Unterstützung würden die Gemahregelten der bittersten Noth verfallen und gezwungen sein, um Gnade zu betteln. Die Hochherzigkeit der Berliner Arbeiterschaft hat diese Schmach verhindert. Der erste Sturmhauf des Proletenstums scheiterte an eurer Solidaritätsgewalt. Nicht eine Wessche vermochte der Biering in eure Reihen zu legen. Einig, geschlossen, kampfesmutig und opferwillig seid ihr fest entschlossen, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Arbeiter, Parteigenossen! Euer Wollen garantiert euer Können! Ihr könnt, wenn ihr wollt.

Den zweiten Sturmhauf auf euer Phalanx mußten die dem Biering Lebensdienste leistenden Saalbesitzer unternehmen. Die Agitation sollte unterbunden, das Mundtodtmachungssystem praktiziert werden.

Auf der Mine, die sie gegraben, sind die Saalbesitzer aufgefliegen. Ihr Wehgeschrei könnte Mitleid erwecken.

Arbeiter, Parteigenossen! Selbst der Himmel, auf den der Biering seine letzte Hoffnung setzte, ist mit uns im Bunde. Die Saison kann dem Ring nicht mehr über die Verlegenen hinweghelfen, die mit jedem Tag des weiteren Kampfes sich thurnhoch häufen.

Ausbarren bedeutet für uns Siegen. Unsere Position ist uneinnehmbar. Der Stand des Boykotts ist ein vorzüglicher. Wir können zuwarten, ohne entbehren zu müssen.

Arbeiter, Genossen! Je konsequenter der Boykott durchgeführt wird, desto nachhaltiger seine Wirkung, desto entscheidender der Sieg. Duldet keine Ausflüchte, keine Ausreden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Soweit unser Einfluß reicht, muß das Ringbier verpönt werden. Nicht ein Tropfen darf getrunken werden.

Arbeiter, Genossen! Die Bierzufuhr ist eine geregelte. Sie wird mit jedem Tag der Fortdauer des Boykotts eine Tropfen weniger befriedigt werden. Darum widerspricht jeder Versuchung, Ringbier zu trinken. Die schwerste Arbeit ist gethan. Die Periode der Organisation des Kampfes war die aufreibendste. Jetzt wird uns der Kampf leicht, weil wir das Terrain zum guten Theil beherrschen. Der Sieg muß unser werden, wenn wir bisher mit gleicher Schärfe und Ausdauer der Parole gefolgt sind:

Hoch der Boykott sämtlicher Ringbrauereien! Trinkt keinen Tropfen Ringbier!

Die Boykottkommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Vincherer Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Exportbrauerei Rathenow, Niederlage bei Max Demhardt, N.W., Hannoverstraße 18a.
- Schloßbrauerei, Fürstewalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D.
- Phönix-Brauerei, E. Radon, Pichersfelde.
- Brauerei Jagdschlösschen, Eberswalde, Niederlage Edm. Renter, Swinemünderstr. 45.
- Berg-Brauerei, Brandenburg, Vertreter: S. Wolff, N., Dragonerstr. 31.
- Brauerei Wasserkränze, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Bürgerliches Brauhaus, Hamburg-Eilbek, Kellerei und Niederlage, SW., Verlängerte Trebbinerstr. 7.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage G. Spielermann, Weberstr. 66.
- Brauerei Livoli, Straußberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Brauerei in Storkow (in Firma A. Mielke), Vertreter: Spielermann, Weberstraße 68.

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen! Der Boykott gegen das Brauereiproleten, der von Euch seit einem Vierteljahr mit unverminderter Energie geführt wird, zeigt seine Wirkung in den maßlosen Anstrengungen der Gegner, durch die Mittel des Ursg und Trugs, durch elende Verdächtigungen aller Art, die Ursachen des Kampfes zu verschleiern und ihn als einen reinen und ungerechten hinzustellen. Es wird aber nicht allein in der Presse und in Versammlungen diese Taktik der Verdächtigung geübt, man scheut auch kein Mittel noch so gewaltthätiger Natur, um an der kämpfenden Arbeiterschaft in kleinlicher Weise Rache und Vergeltung zu üben. Die Saalbesitzerreihen, die Zwangsmaßregeln und brutalen Unternehmungen, die Heereien einer gewissenlosen Presse, sind zu drastisch, als daß sie nicht von der Arbeiterschaft auf ihre Bedeutung hin gewürdigt werden sollten. Diese Gewaltanstrengungen zeigen, daß die von der Arbeiterschaft geführten Schläge wirken, daß die Macht des Boykotts von den Gegnern gefühlt wird — trotz des Indifferentismus dieser oder jener Kreise.

Morgen haben die Arbeiter Berlins und der Umgebung Gelegenheit, zu zeigen, daß es ihnen in ihrem Kampfe völlig Ernst ist. Siebenunddreißig Versammlungen finden statt, in denen sich die Arbeiterschaft über ihre fernere Stellung in dem gegenwärtigen Kampf äußern wird.

Arbeiter, Parteigenossen! Agitiert für diese Versammlungen! Sorgt energisch dafür, daß sie namentlich von den Kreisen besucht werden, die sich bisher noch indifferent verhalten haben. In die die Erkenntnis über die Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes bisher noch nicht gedrungen ist. Der Boykott muß immer weitere Kreise ergreifen, das gesamte Proletariat muß sich der organisierten Bourgeoisie gegenüberstellen, soll die Macht des übermächtigen Unternehmertums gebrochen werden. Der Werktag weiterer Kampfeschaaren sollen die Versammlungen am Freitag dienen.

Agitiert für zahlreiche Beteiligung, Parteigenossen!

Wenn das am grünen Holz geschieht etc. Sollte der Boykott doch die Wirkung haben? so werden, den Anhängern auf der Stirn und die Verzweiflung im Herzen, die „Armen“ Aktionäre der Schultheiß Brauereigesellschaft sich verwundert fragen, wenn sie in den Abendblättern vom Mittwoch auf die Notiz im Börsenblatt starrten, nach welcher die Dividende der Schultheiß-Brauerei für das mit Ablauf dieses Monats endende Geschäftsjahr an der Börse auf nur 18 pCt. geschätzt wird gegen 15 pCt. pro 1892/93. Allerdings kann die definitive Festsetzung der Dividende dieses Unternehmens erst im Oktober erfolgen; aber derartige Schätzungen pflegen gemeinhin von so wohlinformierten, der Verwaltung nahestehender Seite, d. h. von Ausschüßmitgliedern auszugehen, daß sie mit der Piffer, welche nach fertiggestelltem Abschluß als Dividende bekannt wird, in der Regel übereinstimmen.

Eine Dividende von 15 pCt., welche die Gesellschaft pro 1893/94 zur Auszahlung bringt, würde den niedrigsten Gewinn bedeuten, den die Schultheißbrauerei seit 1855/56, also seit acht Jahren zur Verteilung gebracht hat. Und doch hat gerade dieses Unternehmen nicht allein eine rapid steigende Vergrößerung erfahren, sondern auch, wie wir schon mehrfach darlegten, dank der Geschäftslustigkeit und Weitherzigkeit des Herrn Köfide am wenigsten unter dem Boykott zu leiden gehabt. Bei alledem aber repräsentieren die zwei Prozent Dividenden-Aussatz, da die Schultheißbrauerei ein Aktienkapital von 5 400 000 M. hat, die nette Summe von 108 000 M. Wenn eine der größten und kapitalträchtigsten Brauereien Berlins nach einem Betriebsjahre, das einen ungewöhnlich heißen Sommer anzudeuten hatte, an einem Dividenden-Minus laboriert, wie wird es dann bei den anderen Ringbrauereien, namentlich bei den „Pinschern“ unter denselben, wie z. B. Moabit, Bod., Friedrichshagen etc. aussehen? Da die boykottierten Brauereien mit Ausnahme des Böhmischen Brauhauses ihr Geschäftslust Ende September schließen, so werden wir im ersten Drittel des nächsten Monats wohl in der Lage sein, die von der Börse ausgehenden Dividendenanschätzungen auch dieser Gesellschaften unseren Lesern mitzuteilen. Man sieht, selbst die antisemitischen Saalbesitzer können nichts ändern — der Boykott wirkt doch — selbst Herr Köfide verspürt seine Wirkung!

„Der Boykott wirkt nicht!“ Diese Botschaft läßt Herr Köfide manöfret verbreiten, um noch eine Weile die Waage, welche der Boykott für ihn im Uebel haben wird, hinten zu halten. Er kann die Verluste ja noch immer ertragen, und wenn die anderen Ringbrauerei äugen und stöhnen unter der Wirkung des Boykotts, so möchte der Millionär Köfide nicht der gewiegte Geschäftsmann sein, der er ist, wenn er nicht gerade deshalb den entbrannten Kampf noch möglichst lange hinzuziehen sucht. Sicherlich er sich, bevor er im Uebel die Unterstützung der Wähler beschließen will, durch die umfangreichsten Entwürfe auf dem Finanzmarkt, so begann er, als die Auslieferung der Brauerei-Arbeiter den von ihm erwarteten Boykott zur Folge hatte, eine neue Bierorte zu brauen, bei deren Genuß bis dahin niemand und heute wohl auch noch sehr wenige an Schulleib gedacht haben, nämlich Potsdamer Stangen-Bier. Dieses nur für die Zeit des Boykotts gebraute Bier setzt er auch tatsächlich in Berlin ab, was für die Arbeiterschaft eine Mahnung sein wird, dem neuen Getränk gegenüber vorsichtig zu sein. Die Flagge, unter welcher der Großkapitalist mit seinem Brau segelt, die neuen Gassen, ausschließlich für die Bourgeoisie eingerichteten Restaurants, die er während des Boykotts eröffnet hat, alles das sind Mittel, durch welche er den nun einmal angerichteten Schaden möglichst wieder zu ersetzen sucht. Er kann es, seine Millionen erlauben es ihm! Aber die Arbeiter?

Es ist an dieser Stelle bereits erwähnt, wie drohend aber verschleiern der anderen Ringbrauereien der Reitegeier kreist. Das Geschäft geht ununterbrochen rückwärts und muß von Tag zu Tage schlechter werden. An ein Unterlegen der Arbeiterschaft ist nun, wo die heißeste Zeit des Jahres vorüber ist, ganz und gar nicht mehr zu denken, folglich müssen die Brauereien die Niederlage erleiden. Das sind trübe Aussichten für die Herrn Köfide zu Liebe auf den Leim gegangenen Direktoren und die Stimmung dieser Herren ist denn auch danach. An ihnen wird sich wieder einmal die Wahrheit des Sprichwortes erweisen: „Wer Ändern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ Sie schränken ihren Betrieb mehr und mehr ein. So wurden am letzten Sonntagabend auf dem Spandauer Bod vier Brauer entlassen, „weil das Geschäft nicht geht.“ Wenn es so weiter geht,“ erklärte man ihnen, „dann werden am nächsten Sonntag abend noch mehr entlassen.“ Der Boykott wirkt aber nicht.

Etwas vernünftigerer Gastwirth als unsere Köfide-Innechte scheinen die Witt-Hannover zu sein. In der Generalversammlung des Biervereins Hannover und Umgegend stellte der Vorstand folgenden Antrag: „Wirthe, von denen in Erfahrung gebracht wird, daß sie der sozialdemokratischen Partei als Mitglieder angehören, oder auch nur sozialdemokratischen Bestrebungen hulldigen, können in den Biervereinen Hannover und Umgegend nicht aufgenommen werden.“ Der Antrag wurde jedoch mit 109 gegen 95 Stimmen abgelehnt und bei der dann folgenden Vorstandswahl unterlag der seitherige Vorstand mit erheblicher Minorität. — Ist das nicht „Hocking“, Herr Jacobi?

Boykottfreie! Führt der Gastwirth G. Schulz, Angsbürgerstraße 5. Die gegenbellige Mittheilung in der Dienstagsnummer beruht auf einem Irrthum.

In Grünau sähnen folgende Wirthe boykottfreies Bier: Matta, Köpenickerstr. 105 (Dampferstation an der Vodenanstalt); Ost Lindenheim, Friedrichstraße 3a, Lindke, Köpenickerstr. 1; Lige u. Sen, Köpenickerstr. 108; Duchaufour, Köpenickerstr. 79. Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Gastwirth Schucholz zwar das Ringbier des Köpenicker-Brauerei abgenommen hat, aber nach wie vor Pfälzer verzapft.

Die Lokalkommission.

War und liegt der Bericht des Berliner Handwerker-Vereins. Als der Verein vor nunmehr 50 Jahren begründet wurde, mag er wohl zum größten Theil aus Handwerkern bestanden haben, wo er aber jetzt noch die Berechtigung herleitet, sich Handwerkerverein zu nennen, ist uns nicht recht klar, denn aus seiner Mitgliederliste geht hervor, daß von seinen 1750 Mitgliedern nicht weniger als 18 Bankiers, 31 Fabrikanten, 421 Kauf-

leute, 61 Professoren und Lehrer, 16 Rechtsanwälte, 16 Rentiers, 14 Schriftsteller sind, ferner finden wir Stenographen, Schullehrer und Studenten u. s. w. Die Zahl dieser nicht dem Handwerkerstande angehörigen Personen beträgt ca. 700. Wie dieser demartig zusammengesetzte Verein wohl die Interessen des Handwerkers vertreten mag? Als Paradediade werden uns auch „26“ Arbeiter, die dem Verein angehören, vorgeführt. Natürlich fehlt es dem Handwerkerverein auch nicht an außerordentlich und Ehrenmitgliedern, die aber für diese Ehre gebührend zu bleichen haben. Unter diesen „Ehrenmitgliedern“ finden wir Namen, wie Reichardt, Gerson, Bollheim, Klumlein, Goldschmidt, Köfide, Schimmelpfeng u. s. w., alles Leute, die niemals einen Hammer oder einen Hobel angerührt haben. Den Mitgliederbeiträgen von 6911 M. stehen allein 2917 M. an Zuwendungen von „Gönnern“ gegenüber. Wie schon gesagt, besteht der Verein bereits seit 50 Jahren, bestehend für ihn ist aber die Thatsache, daß er sich während dieser Zeit nur 1750 Mitglieder erwerben konnte, während in Berlin doch, schlecht gerechnet, ca. 300 000 Handwerker und Arbeiter sind. Die Arbeiter wissen aber, wohin sie gehören und schließen sich lieber ihren Gewerkschaften, als solchen Handwerkervereinen an. Auffallend groß ist die Zahl der dem Verein angehörigen Mitglieder des Kaufmannsstandes, worunter wiederum das jüngere Element mit nicht weniger als 207 Personen vertreten ist. Hier ist unserer Ansicht nach auch noch viel zu machen, obgleich zugegeben sein soll, daß viele der jungen Leute theils wegen der häufig stattfindenden Vergnügen, theils irgend welchem Druck gehorchend dem Verein angehören.

Mit Bezug auf die in den Nummern 185 und 186 des „Vorwärts“ gebrachten Notizen, in denen gewisser Vorgänge Erwähnung geschieht, in die der Begründer der „Neuesten Nachrichten“, A. Sternberg, verwickelt gewesen sein soll, wird uns jetzt geantwortet: Sie deuteten kürzlich den Nachdruck, daß der feinergebaute Begründer der „Berliner Neuesten Nachr.“, Herr A. Sternberg, in eine Untersuchung verwickelt ist, dadurch an, daß Sie gelegentlich der Nennung seines Namens eine auf die Untersuchung hindeutende Bezeichnung gebrauchten, die insofern eines Irrthums eine nicht zureichende war. — Wir ermahnen daher nicht, richtig stellend zu erwähnen, daß bei dem betreffenden Untersuchung gegen den Genannten es sich lediglich um Folgendes handelt:

Es wurden vor einiger Zeit einige Chansonetten, wie aus der bezüglichen öffentlichen Verhandlung hervorging, angeklagt, Kolleginnen mit dem Genannten verknüpft zu haben, und ersterer deshalb wegen Kuppelei verurtheilt. — Herr Sternberg, der zur Zeit im Auslande weilt, war zum Termin nicht erschienen und mußte deshalb die gerichtliche Entscheidung über die Frage, ob er die betreffenden Chansonetten in strafbarer Weise zu der Verurteilung veranlaßt, also „angestiftet“ hatte, — das Verabreden war dieser Frage wegen auf ihn ausgedehnt —, bis zu seinem Erscheinen vertagt werden.

Es liegt also bezüglich des Genannten keineswegs eine Feststellung der Art vor, wie sie der kürzlich irrtümlich angewandte Ausdruck andeuten läßt, sondern es handelt sich lediglich um eine des Nichterspruchs erst harrende Beschuldigung wesenlich leichterer Natur.

Der Berliner Augustmarkt ist gestern in der Großgartener- und Breitenburger-Strasse eröffnet worden. Der Markt ist von zahlreichen Händlern besetzt. Die ganze südliche Seite der Gneisenaustraße nehmen die Wirtcher ein, auch auf der nördlichen Seite von der Solmsstraße an bis zur Dragonerläuferne haben noch Wirtcher ihre Waaren aufgestellt, den übrigen nördlichen Straßentheile von der Solmsstraße bis zur Velleallianzstraße füllen die Korbmacher. Die Mittelpromenade der Gneisenaustraße ist den Leinwand-, Schnittwaaren-, Spielwaarenhändlern, den Zuckerbuden und dergl. eingeräumt. Hier findet man auch die wenigen Bärstendler, die erschienen sind, (sowie östlich von der Schleiermacherstraße die Eisenwaarenhändler und Stupferhändler. In der Schleiermacherstraße selbst stehen die Töpfer, in der Wittenwalderstraße die Porzellan- und Steingut-Händler, in der Rosenthalerstraße die Holz- und Geschloßwagen zum Verkauf gestellt. In der Yorkstraße haben 4 Sattler und einige Stiller ihre Buden aufgeschlagen, den übrigen Theil der York- und einen Theil der Großbeerstraße haben die Schuhmacher okkupiert. Das Geschäft soll sich bei dem schönen Wetter schon in den Morgenstunden recht rego entwickelt haben. Wirtcher und Korbmacher hatten „unter der Hand“ schon gestern etwas verkauft. Der Markt dauert bis zum Sonnabend, dem Haupttag der Schuhmacher.

Telegraphenstrahlen wollte die Ober-Postdirektion Berlin in verschiedenen Straßen Rigorös anstellen lassen. Die Rigoröse Gemeindevertretung verweigerte jedoch ihre Genehmigung hierzu und beschloß in ihrer Sitzung, zur die Anlage unterirdischer Telegraphenleitungen zuzulassen.

Für Militärpflichtige. Die in diesem Jahre entzogenen Rekruten werden auf eine Bestimmung aufmerksam gemacht, die für manchen von besonderer Wichtigkeit sein dürfte. Ein Rekrut, der sich in gerichtlicher Untersuchung oder in Anklagezustand befindet, kann nicht eher eingestellt werden, als bis die Strafsache einschließlich der etwaigen Strafverurteilung erledigt ist. Rekruten, die es unterlassen, von einer gegen sie erhobenen Anklage der Militärbehörde Anzeige zu machen, werden beaufs Verbüßung ihrer Strafen wieder entlassen, ganz ohne Rücksicht darauf, wie lange sie schon sind. Im nächsten Jahre werden

se dann von neuem aufgehoben und eingestellt, ohne daß ihnen die vorhergehende Dienstzeit angerechnet wird. Es liegt somit im Interesse eines jeden Rekruten, gegen den eine gerichtliche Untersuchung schwebt, sofort seiner Kontrollstelle davon Anzeige zu erstatten.

Selbstmord eines Untersuchungsgefangenen. Am Dienstag Nachmittag gegen 6 Uhr wurde der 47jährige zu Pumpau gehörige in der Diebenhofstraße 9 wohnhafte Handelsmann Michaelis Endruß nach dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz eingeliefert, weil er verdächtig war, 4000 M. entwendet zu haben. Er wurde in einer für Untersuchungsgefangene bestimmten Zelle untergebracht; bei einer heute Morgen 4 1/2 Uhr vorgenommenen Revision jedoch wurde der Handelsmann am Fensterkreuz erhängt vorgefunden. Die Leiche wurde Vormittags nach der Morgue gebracht.

Zu der Affäre des Revolver-Kirchhoff kommt es noch einmal zu einer Gerichtsverhandlung. Der tapfere General, welcher am 7. Oktober v. J. auf den Redakteur des „Berliner Tageblatt“ losknallte und einige Zeit nach Verübung dieses Mordversuchs mit einem neuen Orden geschmückt wurde, hat nämlich gegen zwei Personen Strafantrag gestellt, weil diese die angeblich beleidigende Rede über seine Familienverhältnisse verübt haben sollen. Das Drollige bei der ganzen Strafantragsgeschichte ist nun, daß der General behauptet, erst ein halbes Jahr nach der gegen unsere Parteigenossen Ewald geführten Verhandlung von dem im Gerichtstermin gemachten Zeugen-Aussagen, die auf die vorgebliche Beleidigung zurückzuführen sollen, Kenntnis erhalten zu haben. Die Notiz, welche zur Verurteilung führte, wurde am 10. Februar 1893 veröffentlicht, der Termin gegen Ewald fand am 21. April desselben Jahres statt, und von der Beleidigung, die von den jetzt unter Anklage gestellten Zeugen verübt sein soll, hat der General erst am 20. Oktober Kenntnis erhalten! Zu der Verhandlung, die demnächst vor der Brandenburgischen Strafkammer stattfindet, sind Ewald und General-Lieutenant Kirchhoff als Zeugen geladen.

Die Mitteilung über die Körperverletzung, welche wir am 16. August nach anderen Blättern brachten, ist insoweit richtig zu stellen, als der Gastwirt O. in der Pfandstraße sich in die Prügelstraße gar nicht hineingemischt hat. Demgemäß ist Herr O. auch bald nach der erfolgten Siftierung wieder entlassen worden. Auch die Mitteilung, daß der mißhandelte Kutscher seinen Verletzungen erlegen sei, bestätigt sich glücklicherweise nicht; die Verletzungen, die ihm beigebracht wurden, sind so leichter Natur gewesen, daß er bereits wieder arbeitsfähig geworden ist.

Ueber den Selbstmord eines Arztes wird berichtet: Bei einer Witwe L. in der Wallstraße traf am Sonnabend unerwartet der 88 Jahre alte Dr. med. Adolf M. aus München, ein Schwiegersohn der ersten, mit Gattin und Kind ein. Am dem Arzt war nichts Auffälliges wahrzunehmen, und er bewegte sich noch am Montag Abend bei einem von seiner Schwiegermutter veranstalteten Krebessen in der heitersten Stimmung. Am so auffälliger war, daß am Dienstag Morgen in dem von der Familie bewohnten Raum plötzlich ein Schuß fiel. Als man erschreckt hinzueilte, lag Dr. M. auf dem Fußboden in seinem Blute. Er hatte sich mit einem Revolver erschossen. Welche Gründe den noch jungen und in den besten Vermögensverhältnissen lebenden Mann veranlaßt haben, Hand an sich zu legen, ist vor der Hand nicht aufzuklären gewesen.

Unter den Augen seiner Spielkameraden ertrunken ist, wie nachträglich bekannt wird, am Sonntag Mittag der 9 jährige Knabe Hermann Jäschke, der in der Andreasstr. 3 bei den Eltern wohnte. Er hatte den Rettungsgelohn eines an der Fruchtschraße in der Expre liegenden Fahrzeuges bestiegen, war beim Schaukeln über Bord gefallen und ertrunken. Seine Gespielen, die 7. bzw. 8 jährigen Brüder Hans und Walter M. aus demselben Hause, die dem Vorfall aus der Ferne zugeschaut hatten, waren zunächst vor Schrecken nicht im Stande gewesen, Hilfe herbeizurufen und hatten dann aus Furcht vor Verwärtung oder Strafen den Unfall verschwiegen. Als der Verunglückte später von den Eltern vermisst wurde, kamen sie mit der Sprache heraus. Der unglückliche Vater machte sich sofort auf den Weg, suchte die Leiche seines Kindes an demselben Nachmittag selber auf und trug sie in die Wohnung.

Ueber eine Vergiftung durch Krebse wird geschrieben, daß die Ehefrau des in der Berlinerstraße zu Nitzdorf wohnenden Arbeiters Schulz am Sonnabend von einem Straßenhändler gefochte Krebse kaufte, und zum Abendessen auf den Tisch brachte. Die Frau und deren 21 Jahre alte Tochter aßen von den Krebsen, während der Mann der Speise nicht traute. Beide erkrankten alsbald, ein Arzt mußte in der Nacht gerufen werden, und dieser erkannte eine Vergiftung. Beide Personen wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

Polizeibericht. Am 21. d. Mts. Morgens wurde ein Arbeiter an der Ecke der Friedrich- und Zimmerstraße durch eine Drochse überfahren und am Kopfe und an den Unterschenkeln verletzt. — Auf dem Grundstück Müllerstr. 115 gerieth Nachmittags ein Arbeiter unter die Räder eines Viehwagens und erlitt eine bedeutende Quetschung des Fußgelenks. — Im Laufe des Tages fanden zwei Brände statt.

Witterungsübersicht vom 22. August 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) 6 u. 9 M.
Swinemünde.	755	SW	3	Regen	14
Hamburg.	754	SW	3	bedeckt	12
Berlin.	758	SW	3	halb bedeckt	14
Wiesbaden.	759	SW	1	Regen	12
München.	763	SW	5	halb bedeckt	13
Wien.	763	SW	1	bedeckt	11
Saparanda.	749	SW	6	bedeckt	16
Petersburg.	760	SW	4	halb bedeckt	16
Cork.	756	SW	2	wollig	14
Aberdeen.	756	SW	2	heiter	12
Paris.	760	SW	3	bedeckt	17

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 23. August 1894.

Kühles, zeitweise heiteres, vielfach wolkiges Wetter mit mäßigen südlichen Winden und leichten Regenfällen.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitrag.

Zu dem Prozeß gegen die Frau Hausbesitzer Lind e bittet uns der Vormund der Söhne der Verurteilten, folgendes hervorzuheben: In dem Falle der Verurteilung handelte es sich noch gar nicht um eine Privatklage oder sonst um ein anhängig gemachtes Strafverfahren. Vielmehr hatte eine Reinigungsfrau nur behauptet, daß sie von einem Sohne der Frau Linde beschimpft worden sei. Sie hatte aber weder die Privatklage erhoben, noch mit einer solchen gedroht, sondern sich nur bei der Mutter beschwert. Der Gerichtshof hat nun angenommen, daß Frau Linde eine Ohrenzeugin der Schimpfreden ihres Sohnes hat bewegen wollen, vorkommenden Falles auszusagen, daß sie nichts gehört habe. Schon in dieser Thatsache ist ein Versuch der Verleitung zum Meineide gefunden worden.

Schwer verdächtig war der Eisenbahnarbeiter Karl Reimer, der gestern unter der Anklage des versuchten schweren Diebstahls vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zur Ver-

antwortung gezogen wurde. Der Angeklagte ist seit längerer Zeit auf dem Schlesienschen Güterbahnhofe angestellt und bekleidet dort einen gewissen Vertrauensposten, indem er das Bombiren der zu expedirenden Kollis zu befehlen hatte. Eines Abends im Februar glaubte der Lademeister Lorenz von seiner Stube aus wahrzunehmen, daß sich Jemand mit brennender Laterne durch die Reihen der aufgestapelten Kollis bewegte. Er witterte Unrath, ging hinaus und erkannte den Angeklagten. Nach seiner Versicherung will Lorenz beobachtet haben, daß Reimer von Kiste zu Kiste ging, sich daran zu schaffen machte, und bei einzelnen Kisten längere Zeit verweilte. Der Lademeister will weiter wahrgenommen haben, daß der Angeklagte irgend ein Instrument hielt und damit an einer Kiste ohne Erfolg herumarbeitete; als Reimer dann sich bei einer anderen Kiste zu schaffen gemacht, sei er gestört worden, und später haben sich an der mit Konserven gefüllten Kiste Spuren gezeigt, die auf den Versuch einer gewaltsamen Oeffnung hindeuteten. Der Vorfall soll sich eines Sonnabends abgespielt haben, am daraus folgenden Montage brachte der Lademeister die Sache zur Anzeige und gegen Reimer wurde die Anklage wegen versuchten schweren Diebstahls erhoben. Er bestritt energisch jede Schuld und versicherte dem Gerichtshof, daß sein Aufenthalt bei dem Brauchtum durchaus unversänglich gewesen sei und mit seinen dienstlichen Obliegenheiten in Verbindung gestanden habe. Er habe die Signaturen der einzelnen Kiste nachgesehen und sich schließlich auf eine der Kisten ein Weichen gesetzt. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß die bestimmten Wahrnehmungen des Lademeisters die Schuld des Angeklagten außer Frage stellten und die gebieterische Stellung, in welcher der letztere dohingengeblieben sei, sowie der Zustand der betreffenden Kiste deutlich darauf hinwiesen, daß hier ein schwerer Diebstahl geplant worden sei. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hatte jedoch Bedenken, diesem Antrage zu folgen. Er hielt es für nicht recht erklärlich, warum der Zeuge Lorenz den Angeklagten nicht auf frischer That festgenommen, sondern erst zwei Tage nachher eine Anzeige erstattet hat. Der Gerichtshof stieß außerdem auf einige Widersprüche in den Aussagen des Belastungszeugen und erachtete es für nicht ausgeschlossen, daß derselbe sich getäuscht haben und die Verleitung an der verdächtigen Kiste auch schon bei der Expedition verursacht sein könne. Der Gerichtshof meinte, der Thatbestand sei mindestens nicht genügend aufgeklärt und er sprach deshalb den Angeklagten frei.

Eine Anklage wegen Verleitung zum Meineide, welche gestern vor der II. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schlächter Hellm und stattfand, gewährte einen Einblick in recht trostlose Familienverhältnisse. Als Belastungszeuge trat der Schlächter Karl Weber gegen den Angeklagten auf. Er betandete, daß er seit Jahren bei den Hellmund'schen Eheleuten eine Schlafstelle inne habe. Hellm und habe ihn in dem ungerechtfertigten Verdacht, daß er zu seiner Ehefrau unerlaubte Beziehungen unterhalte und dies gäbe häufig Veranlassung zu ehelichen Zwistigkeiten. Frau Hellm und wurde häufig von ihrem Mann gemißhandelt und bedroht, im Februar sei er ihr sogar mit einem großen Messer zu Leibe gegangen. Da sei die Frau zur Polizei gelaufen und habe Anzeige erstattet. Gegen Hellm und sei Anklage erhoben und er, Weber, als Zeuge geladen worden. Am Tage vor dem Termine habe Hellm und ihm nun arg zugesetzt und ihn zu überreden versucht, in der Verhandlung zu beschwören, daß er von der Bedrohung nichts gesehen habe. Als Entgelt wollte Hellm und ihm eine Miethsschuld in Höhe von 14 M. erlassen. Er habe sich auf nichts eingelassen, seine Aussage der Wahrheit gemäß abgegeben und Hellm und sei daraufhin in einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, die er jetzt verbüße. Der Angeklagte behauptete, daß die ganze Geschichte von der Verleitung zum Meineide erfunden sei. Er führte mehrere drastische Vorgänge an, woraus zu folgern sei, daß Weber es mit seiner Frau halte. Weber spiele in seiner Abwesenheit den Hausherrn, schlage die Kinder u. s. w. und trachte nur danach, ihn längere Zeit vom Hause fernzuhalten, was allerdings geschähe, wenn dem Zeugen jetzt Glauben geschenkt werde. Dem Angeklagten kam noch eine Frau zu Hilfe, die sich im Zuhörerraum befand. Sie ließ sich als Zeugin vernehmen und bekundete Thatsachen, wodurch die Glaubwürdigkeit des Zeugen Weber arg erschüttert wurde. Der letztere mußte zugeden, daß er mehrfache recht erhebliche Vorstrafen erlitten hatte. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß auf die Aussage eines solchen Zeugen hin die Verurteilung des Angeklagten nicht erfolgen könne. Es wurde deshalb ein freisprechendes Erkenntnis gefällt.

Gewerkchaftliches.

Bekleidungsindustrie-Kongress in Erfurt. Die Nachmittags-Sitzung vom Dienstag, den 21. August, beginnt mit einer Reihe Richtighaltungen. Alsdann schreitet der Kongress zur namentlichen Abstimmung über den Industrieverband. Es wird beschlossen, zunächst unter den einzelnen Branchen abzustimmen und dann das Resultat nach Branchen zusammenzustellen. Von den Schuhmachern stimmen 41 gegen die Einführung des Industrieverbandes, 5 dafür, von den Schneidern stimmen 19 dagegen, 16 dafür. Der Vertreter des Unternehmungsverbands deutscher Outmacher stimmt dagegen, während der Vertreter des Kürschnerverbandes dafür stimmt.

Zugilarbeiter Baudert Apolda ist nur von einer Bekleidungsindustrie-Versammlung seines Ortes gewählt. Der Vorstand des Zugilarbeiter-Verbandes habe ihm mitgeteilt, falls er für den Industrieverband stimme, würde man Protest einlegen, würde er aber dagegen stimmen, so habe man nichts dagegen. Er giebt die Erklärung ab, daß er unter diesen Umständen sich an der Abstimmung nicht beteiligen werde.

Bei der Abstimmung nach Branchen ist der Industrieverband also gegen eine Stimme abgelehnt und somit die Resolution **Mar kus**, welche den Industrieverband empfiehlt, gefallen. Annahme wird der Antrag angenommen, eine fänsigliedrige Kommission zu wählen, die einen Kartellvertrag ausarbeitet unter Berücksichtigung dessen was durchführbar ist. Die von **Reichhaus** - Erfurt und **Räm ing** - Stettin eingebrachten Resolutionen werden der Kommission überwiesen. Diese beiden Resolutionen bekräftigen das Eingehen von Kartellverträgen zwischen den einzelnen Branchen. Beide decken sich im Wesentlichen. Damit alle Branchen in der Kommission vertreten sind, werden gewählt: von den Schneidern: **Reichhaus**-Erfurt und **Holzhauser**-Hilmsdorf; von den Schuhmachern: **Siebert**-Nürnberg; **Weißflecken**-Altenburg für die Outmacher und **Veitler**-Frankfurt a. M. für die Kürschner.

Nach einstündiger Vertagung des Kongresses hat die Kommission ihre Arbeiten beendet. Eine lebhafteste Diskussion entspinnt sich bei dem ersten Passus des vorgeschlagenen Kartellvertrages, der folgendermaßen lautet:

Die durch Kartellvertrag verbundenen Organisationen verpflichten sich gegenseitig bei größeren Streiks und Aussperrungen, welche die eigene Kasse erschöpft haben, durch Darlehen zu unterstützen. Die Höhe der Darlehen kann auf je 1000 Mitglieder der Darlehen fordernden Organisationen 3 pCt. der zu diesem Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel betragen. Das Geld ist innerhalb 8 Monaten nach dem beendigten Streik zurückzugeben. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit haben die durch Kartellvertrag verbundenen Organisationen den Verlust prozentual gemeinsam zu tragen. Die Forderung von Darlehen können nur von den Zentralvorständen gestellt werden.

Eine Anzahl Delegirter hält diese Bestimmungen nicht für durchführbar, während ein anderer Theil eine korrekte Regelung wünscht.

Mar kus-Erfurt nimmt bei dieser Gelegenheit seinen Antrag

wieder auf, der aber abgelehnt wird. Bei der Abstimmung über die gestellten Anträge werden sowohl der der Kommission, als auch die der einzelnen Delegirten abgelehnt.

Schließlich wird ein von **Limm**-Berlin nochmals mit einigen Abänderungen gestellter Antrag angenommen. Die Abstimmung der anderen Punkte geschieht ohne wesentliche Diskussion.

Der angenommene Kartellvertrag lautet:

1. Bei Streiks und Aussperrungen haben sich die betreffenden Organisationen gegenseitig zu unterstützen. Die Art und Form der Unterstützung ist Sache der einzelnen Zentral-Organisationen.

2. Die durch Kartellvertrag verbundenen Organisationen führen die Agitation gemeinsam. Die dadurch entstehenden Kosten werden prozentual getragen.

3. Die Herbergen und Arbeitsnachweise, soweit dieses möglich und zweckmäßig, bis jetzt aber noch nicht geschehen, zu zentralisieren.

4. Der Uebertritt der Mitglieder von einer Organisation in die andere ist bei Ortswechsel, dort wo eine Filiale des eigenen Verufes nicht besteht, ohne Eintrittsgeld und weiterer Formalitäten gestattet. Die Wahl der Organisation zum Eintritt steht dem Betreffenden frei.

5. Die einheitliche Regelung der Frage über eine gemeinsame Fachpresse wird den jetzt tagenden General-Versammlungen der Schuhmacher und Schneider überlassen.

Den nicht vertretenen Organisationen der Bekleidungs-, Leder- und Textil-Industrie wird dieser Kartell-Vertrag zur Beschlusfassung übermittelt.

Diese Bestimmungen treten nach Zustimmung der beteiligten Organisationen am 1. Januar 1895 in Kraft.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses beendet. Der Vorsitzende **Genosse** **Bock**-Gotha betont in einer lehrreichen Schlussrede, daß die Verhandlungen bewiesen, daß man einig sei in der Bekämpfung des Kapitals. Möge auch die Reaktion auf den Verhandlungspläne der Organisationen brüten, die Arbeiterkraft werde auch in Zukunft beweisen, daß sie stark genug sei, diese Hindernisse zu überwinden. Mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung wurde der Kongress 7 1/2 Uhr geschlossen.

Deutscher Schuhmacherkongress. Erfurt, 22. August 1894.

Mar kus-Erfurt eröffnet mit einigen kurzen Begrüßungsworten gegen 8 Uhr den Kongress. In das Bureau werden gewählt: **Mar kus**-Erfurt und **Siebert**-Nürnberg als Vorsitzende, **Beising** und **Meister**-Wiesbaden als Schriftführer. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 45 Delegirten. Außerdem sind anwesend der Vertrauensmann **Abg. Bock**-Gotha, die Vorstandmitglieder **Siebert** und **Reich**-Nürnberg und für den Anstich **Deerbaum**-Gotha. Einige Delegirte sind nur im Besitze eines Mandats für den Industriekongress, weil ihre Wähler der Ansicht waren, daß dasselbe auch für den Spezialkongress gültig sei. Ferner ist **Warg**, Magdeburg, Berlin und **Ossenbach** mit mehreren Delegirten vertreten. Vorsitzender **Mar kus** beantragt, für jeden Ort nur einem Delegirten Stimmrecht zu ertheilen, sonst aber das weitgehendste Entgegenkommen walten zu lassen. Nach kurzer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Antrag **Mar kus** abgelehnt und sämtlichen Delegirten das Stimmrecht zugestanden. Hierauf erstattet der Vertrauensmann, Abgeordneter **Bock**, in zweifelhafter Rede Bericht über seine Thätigkeit.

Achtung, Maler! Das Malerpersonal der Firma Lehmann in Auzberg in Oberfranken sieht sich wegen Lohnminderungen gezwungen, in 14 Tagen in den Ausstand zu treten. Es wird gebeten, den Jagz fern zu halten.

An die Zimmerer! Wiederholt ist auf die strikte Durchführung des Bierbojott's hingewiesen, und immer hört man täglich wieder die Klagen, daß gerade die Zimmerer zu den wenigen gehören, die die Beschlässe der Berliner Arbeiterschaft am wenigsten respektiren. Kollegen! Das darf nicht so weiter gehen, mehr als bisher müßt Ihr für strenge Durchführung des Boykott's eintreten und diejenigen auf ihre Pflicht aufmerksam machen, die aus Gleichgültigkeit die Sache der Arbeiter mit Füßen treten. Sämtliche Bauten und Arbeitsplätze, auf denen Ringier ertrunken wird, sind sofort an den Unterzeichneten zu melden, wozüglich mit Angabe der Namen derjenigen, die trotz der Abmahnung Boykott's trunken. Wir werden alsdann mit den Herrn in kurzer Zeit abrechnen und nach Möglichkeit Abhilfe schaffen. Gleichzeitig eruchen wir, mehr für die Sammlungen der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter einzutreten. Sammellisten sind bei dem Unterzeichneten zu haben. Der Vertrauensmann der Zimmerer, **H. Fischer**, Berlin N., Dunderstr. 4.

Achtung, Metallarbeiter und Tischler! Ein Ingenieur, sowie ein Obermeister der Waggonfabrik in Güstrow suchen gegenwärtig in Berlin Streikbrecher anzuwerben. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß der Streik in Güstrow fortdauert, und die Kollegen verpflichtet sind, jedweden Jagz fernzuhalten. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, **Otto Naether**, N., Anklamerstr. 44.

In der Sackleder-Fabrik von Schuberl, Pankow, Bollankstraße, ist eine Lohnminderung dank der Einmüthigkeit der Arbeiter zu Gunsten derselben beigestellt.

Die Sammelliste Nr. 128 für die streikenden Stettiner Zeitschreiber ist verloren gegangen. Außerdem wurden einem Genossen auf der Arbeitstätte ein Jaquet gekloppt, in dem sich die Sammelliste Nr. 108 befand, sowie eine Partie 25- und 50-Pfennig-Marken mit der Aufschrift: „Extra-Steuer. Zentral-Verband der Zeitschreiber (Plasterer) und Berufsgegnossen Deutschlands“, ferner eine Partie 10-Pfennig-Marken (15 Pfg.) derselben Gewerkschaft und 78 Stück 10-Pfennig-Marken mit der Aufschrift: „Freiwillige Sammlung zum Generalfonds der Zeitschreiber Berlin und Umgegend.“ Sollten Listen oder Marken von verdächtigen Personen angeboten werden, so wird gebeten, dieselben abzunehmen und an **A. Knoll**, Berlin NW., Emdenerstr. 42 zu senden.

Der Arbeitsnachweis der organisirten Barbiers ist seiner Zeit wegen des Bierbojott's von **Bühler**, Rosenbalerstraße, nach dem Restaurant von **Preuss**, Neue Friedrichstr. 20, verlegt worden. Jetzt hat der ehemalige Vorsitzende **Herr** **Stegenski** in dem Lokal von **Bühler** einen eigenen Arbeitsnachweis errichtet und verlangt von jedem Arbeitssuchenden 50 Pf. Entschädigung. Wir geben hiermit bekannt, daß dieser Arbeitsnachweis mit unserer Einrichtung nichts zu thun hat, und warnen unsere Berufsgegnossen einen Stellennachweis zu benützen, der in dieser Weise gehandhabt wird.

Streiks und Lock-outs in Frankreich. Man schreibt uns aus Paris unterm 20. August: In Grenoble, dem Zentrum der französischen Handschuh-Fabrikation, ist jüngst infolge von Differenzen zwischen einem Fabrikanten **Ramens** Doudat und seinen Arbeitern ein Streik ausgebrochen. Obwohl nun die Bourgeois stets von der „Freiheit der Arbeit“ sprechen und sie über alles preisen, wenn es gilt, für Streikbrecher den Schuh der Behörden in Anspruch zu nehmen, sind sie da, wo es infolge der allgemeinen Organisation der Handschuhmacher keine Streikbrecher giebt, so wenig Freunde dieser ihnen sonst so heiligen Freiheit, daß sämtliche Handschuh-Fabrikanten, 62 an der Zahl, um die Arbeiter des **Ramens** Doudat zum Nachgeben zu zwingen, ihre Fabriken geschlossen haben, wodurch 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt resp. brotlos sind. So kommentirt die Bourgeoisie selber die „Freiheit der Arbeit“, diese „Errungenschaft der großen französischen Revolution“. — Im Isère-Departement sind es wieder sämtliche Strohpapier- bez. Packpapier-Fabrikanten, die beschlossen haben, ihre Fabriken einen Monat hindurch zu sperren. Hier handelt es sich aber nicht um Differenzen zwischen ihnen und ihren Arbeitern, sondern um solche zwischen ihnen und ihren Konsumenten. Um diese zu höheren Preisen zu zwingen, damit höhere Profite zu er-

